

**Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“  
der Landesregierung**

**2. Bericht der Landesregierung**

**gemäß Beschluss des Landtags vom 25. März 2010  
„Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“  
(Drucksache 5/632-B)**

**Inhalt**

<b>I Vorbemerkungen.....</b>	<b>2</b>
<b>II Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung.....</b>	<b>4</b>
<b>III Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ .....</b>	<b>14</b>
III.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.....	14
III.2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos.....	16
III.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie.....	19
III.4 Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung.....	22
III.5 Opferperspektive e.V.....	23
III.6 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.....	26
<b>IV Ministerien.....</b>	<b>28</b>
IV.1 Integrationsbeauftragte der Landesregierung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie.....	29
IV.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.....	36
IV.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.....	38
IV.4 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft.....	39
IV.5 Ministerium des Innern.....	40
IV.6 Ministerium der Justiz.....	45
IV.7 Ministerium der Finanzen.....	46
IV.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	46
<b>V Schlussbemerkungen.....</b>	<b>63</b>

## I Vorbemerkungen

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung steht „für eine starke und lebendige Demokratie“. Diesem Leitbild folgend setzt sich die Landesregierung seit vielen Jahren für eine offene und freiheitliche Gesellschaft ein, in der sich aktive Bürgerinnen und Bürger tatkräftig an der Gestaltung ihres demokratischen Gemeinwesens beteiligen. Sie arbeitet zu diesem Zwecke mit verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen zusammen, die Zivilcourage zeigen und Verantwortung für das Ganze übernehmen.

In den vergangenen Jahren haben sich vielfältige Netzwerkstrukturen im Land Brandenburg etabliert, die bei der Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft, gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie verdienen die Anerkennung und Unterstützung der Landesregierung. Die gegenseitige Achtsamkeit, das Vertrauen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Ansätzen schaffen ein Klima der Toleranz und des Miteinanders.

Neueste Studien und Statistiken deuten auf eine positive Entwicklung. Das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam untersucht seit 1991 in regelmäßigen Abständen die Situation von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg. Die Studienreihe „Jugend in Brandenburg“ weist darauf hin, dass die Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen Schritt für Schritt abgenommen hat.

Für die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie im Jahr 2010 finanzierte Studie wurden 3.132 Jugendliche im Alter von 12 bis 20 Jahren zu acht Themenfeldern befragt. Ein Themenfeld befasste sich mit „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Zustimmung zu rechtsextremistischen Aussagen kontinuierlich abnimmt. Im Jahr 2005 haben 52,7 Prozent der Jugendlichen rechtsextreme Einstellungen völlig abgelehnt, im Jahr 2010 bereits 60,2 Prozent. Ausländerfeindliche Orientierungen finden ebenfalls weniger Zuspruch. Die Ablehnung ausländerfeindlicher Statements stieg seit 2005 um rund 7 Prozent von 38,9 auf 45,7 Prozent. Das ist für beide Werte der höchste Stand seit Beginn der Zeitreihenstudie. Neben den positiven Entwicklungen bleibt jedoch ein gleichbleibend harter Kern rechtsextremer Einstellungen von rund drei Prozent der Jugendlichen messbar.<sup>1</sup>

In der polizeilichen Statistik zur politisch motivierten Kriminalität ist ein rückläufiger Trend zu verzeichnen.

---

<sup>1</sup> vgl. Sturzbecher, D., Bredow, B., Burkert, M., Feist, M., Gehrmann, M.-L., Hoffmann, L., Kleeberg-Niepage, A., Mörl, S., Schmidpeter, E. & Zehrt, U. (2010). Jugend in Brandenburg 2010 – Forschungsbericht zur Lebenssituation und zu Einstellungen brandenburgischer Jugendlicher. Vehlefan: IFK.

Die rechtsmotivierten Straftaten sanken im Vergleich zum Jahr 2009 um ein Fünftel von 1.422 auf 1.141 Fälle. Meist handelte es sich (knapp 70 Prozent) um Propagandadelikte wie das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen oder die Verwendung von deren Kennzeichen. Rechtsmotivierte Gewaltdelikte gingen leicht um drei auf 66 Fälle zurück. Damit setzte sich die seit 2004 anhaltende rückläufige Entwicklung fort.

Insgesamt war die rechtsextreme Szene im vergangenen Jahr von heftigen Turbulenzen geprägt. Die Zahl der Neonationalsozialisten stieg im Vergleich zu 2009 um 60 Personen auf 380 Personen. Währenddessen sank die Zahl der unorganisierten und gewaltbereiten Rechtsextremisten um 30 auf 450 Personen und die Anzahl rechtsextremistischer Hass-Bands minimal um eine auf 22 Bands.

Die Fusion der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) mit der Deutschen Volksunion (DVU) führte nach Einschätzung des Mobilen Beratungsteams zu einer teilweisen Lähmung der organisierten rechtsextremen Szene im Land Brandenburg – die DVU existiert in Brandenburg nicht mehr. Knapp 40 der 150 DVU-Mitglieder traten der NPD (jetzt 370 Mitglieder) bei. Nur zwei der 24 kommunalen DVU-Mandate konnte die NPD bis Mitte Februar 2011 übernehmen. Insgesamt ist die NPD damit auf 27 kommunale Mandate gekommen: 17 in Kreistagen und kreisfreien Städten sowie 10 in Gemeindevertretungen. Damit erreichte die Partei lediglich ihren Stand nach der Kommunalwahl 2008.

Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg beziffert das (tatsächliche) gesamte rechtsextreme Personenpotenzial auf 1.170 Personen. Das sind 60 Personen weniger als im Jahr 2009.

Nach wie vor ist der Rechtsextremismus die größte Herausforderung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die NPD wird in den kommenden Monaten und Jahren versuchen, ihre kommunalen Strukturen auszubauen, um sich eine Basis für die nächste Landtagswahl aufzubauen. Neonationalsozialistische „Freie Kräfte“ werden sich weiterhin bemühen, ihre Strukturen losgelöst von parteiabhängigen Netzwerken auszubauen. Sie agieren meist locker und organisieren sich über internetgestützte Netzwerke.

Dem steht eine ständig wachsame Zivilgesellschaft gegenüber. Die Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg engagieren sich in vielen Lebensbereichen für ein friedliches, demokratisches Zusammenleben in Vielfalt und Toleranz: in Schulen, Feuerwehren, Kirchen Vereinen oder Bündnissen. Sie begünstigen dauerhaft die positiven Entwicklungen in der Gesellschaft und stärken sie systematisch.

Die Landesregierung unterstützt dieses bürgerschaftliche Engagement. Sie setzt sich dafür ein, dass sich Brandenburg als Land der Freiheit und Solidarität, der lebendigen und starken Demokratie weiterentwickelt.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über den Stand der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Jahr 2010. Er beginnt mit den Aktivitäten der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Danach stellen die Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerks ihre Arbeit und Schwerpunkte im Jahr 2010 vor. Zum Schluss informieren die Ministerien in eigener Zuständigkeit und

die ihren nachgeordneten Einrichtungen und Partner im Rahmen des Handlungskonzepts über ihre Tätigkeiten.

## **II Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung**

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist mit allen Grundsatzangelegenheiten in Verbindung mit dem Handlungskonzept betraut. Sie berät und steuert bei Bedarf die politische Schwerpunktsetzung innerhalb der Landesregierung, koordiniert ressortübergreifende Vorhaben, unterstützt und entwickelt Strategien für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, arbeitet mit zivilgesellschaftlich Aktiven zusammen und fördert deren Engagement, verknüpft vorhandene Strukturen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und betreut die Außendarstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“.

Für Maßnahmen im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ standen im Jahr 2010 1.120.000 Euro Landesmittel (Kapitel 05 050, Titelgruppe 62) und 250.000 Euro Bundesmittel zur Verfügung. Diese Mittel wurden überwiegend für den Erhalt und die Unterstützung der folgenden Beratungsnetzwerksstrukturen verwendet: Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg, Opferperspektive e.V., Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung und Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Auf deren Arbeit wird später noch im Bericht eingegangen.

Darüber hinaus wurden Lottomittel des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport i.H.v. rund 133.000 Euro für 40 Projekte mit folgenden Schwerpunkten eingesetzt:

- Stärkung lokaler demokratischer Strukturen,
- Unterstützung von Toleranz, Solidarität und Abbau von Fremdenfeindlichkeit,
- Förderung von Eigeninitiative, Zivilcourage, bürgerschaftlichem Engagement und Mitbestimmung,
- Ächtung von Gewalt und Unterstützung von Opfern,
- Rechtsextremismusprävention.

Über die beantragten Projekte entschied ein Förderbeirat, dem die Integrationsbeauftragte des Landes, das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ angehören.

Die Koordinierungsstelle berät Vereine und Initiativen bei der Antragstellung und unterstützt sie dabei, eigene Strategien zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu entwickeln. Dazu nimmt die Koordinierungsstelle auf Einladung beratend an Bündnissitzungen teil, vermittelt Kontakte zu weiteren Akteuren und fördert das lokale Engagement z.B. durch die Anfrage von Expertinnen und Experten aus dem Beratungsnetzwerk oder die Bereitstellung von Informationsmaterialien sowie durch die Präsenz des „Demokratie- Mobils“.

Das „Demokratie-Mobil“ ist ein Infomobil, mit dem die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ seit 2009 im ganzen Land unterwegs ist, um das Handlungskonzept und die Angebote des Beratungsnetzwerks bekannter zu machen. Es ist mittlerweile fester Bestandteil der Arbeit der Koordinierungsstelle. Das „Demokratie-Mobil“ wird bei vielen Bürgerfesten, Demonstrationen, Feuerwehractionen, Fachtagungen, Sportevents und Märkten eingesetzt. Auf diese Weise ist für alle sichtbar, dass die Landesregierung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fest an der Seite der Zivilgesellschaft steht und Bürgerinitiativen in ihrem Wirken bestärkt.

Seit Beginn der Tour wurde das „Demokratie-Mobil“ stark nachgefragt. Rund 35.000 Kilometer legte die Koordinierungsstelle damit in den vergangenen zwei Jahren zurück. Im Jahr 2010 wurden mit dem „Demokratie-Mobil“ rund 50 Termine begleitet.

Beispielhaft zu nennen ist das Bürgerfest „Vielfalt tut gut – im Schenkenländchen“ in Halbe (Landkreis Dahme-Spree). Das Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche sowie die Gemeinden des Amtsbereichs Schenkenländchen luden am 13. November 2010 dazu ein, mit vielfältigen Aktionen ein Zeichen für Demokratie und Toleranz zu setzen. Über 30 Institutionen folgten dieser Einladung und unterstützten das Bürgerfest mit Informationsständen: Vereine, Bündnisse, lokale Unternehmen, Kooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ sowie die Koordinierungsstelle selbst mit ihrem „Demokratie-Mobil“. Dank des unermüdlichen zivilgesellschaftlichen Engagements der letzten Jahre und der Novellierung des Versammlungsgesetzes gelang es, Halbe als Anlaufort für Rechtsextreme unattraktiv zu machen.

Die „Demokratie-Mobil“-Tour wird durch Sponsorings der DAIMLER AG ermöglicht. Die Mercedes Benz Niederlassung Berlin stellte der Koordinierungsstelle erstmals im Jahr 2009 ein Fahrzeug für die Dauer von einem Jahr zur Verfügung und unterstützte somit die mit dem Handlungskonzept verbundenen Ziele. In den Jahren 2010 und 2011 setzte Mercedes das Sponsoring fort, sodass der Koordinierungsstelle aktuell bis 31. Oktober dieses Jahres ein Fahrzeug zur Nutzung als „Demokratie-Mobil“ zur Verfügung steht.

Um Verstärkungseffekte zugunsten des demokratischen Gemeinwesens hervorgerufen, sind eine intensive Vernetzung und Kooperation erforderlich. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ arbeitet mit zahlreichen Institutionen aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen und schließt mit ihnen Kooperationsvereinbarungen. Die erste Vereinbarung wurde im Jahr 2006 geschlossen. Inzwischen sind es 27 Kooperationspartner:

- AOK Brandenburg - Die Gesundheitskasse
- Berlin-Brandenburgische Landjugend
- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos
- Deutscher Fußball-Bund DFB (Patronatserklärung)
- Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V. - DEHOGA -
- Deutsches Jugendherbergswerk – Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. (DJH)
- Erzbistum Berlin, Bistum Görlitz und Bistum Magdeburg
- Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB)

- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB)
- Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)
- LAG Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen in Brandenburg e.V.
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg
- Landesjugendring Brandenburg e.V.
- [Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange im Land Brandenburg](#)
- [Landesrat der Schülerinnen und Schüler Brandenburg](#)
- [Landessportbund Brandenburg e. V.](#)
- [Landkreis Elbe – Elster](#)
- [LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg](#)
- [Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.](#)
- [Stadt Oranienburg](#)
- Stadt Königs Wusterhausen
- [THW-Länderverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt](#)
- [TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH](#)
- [Vattenfall Europe Mining und Generation](#)
- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH.

Die jüngsten Kooperationsverträge wurden Ende 2010 mit dem Deutschen Jugendherbergswerk – Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. (DJH) und der Stadt Königs Wusterhausen geschlossen. Im Januar 2011 unterzeichnete die Berlin-Brandenburgische Landjugend einen Kooperationsvertrag auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

Zurzeit wird eine Kooperationsvereinbarung mit dem Frauenpolitischen Rat des Landes Brandenburg e.V. vorbereitet.

Neben dem symbolischen Akt der Kooperationsvertragsunterzeichnung werden die Partnerschaften durch Jahresarbeitspläne mit Leben erfüllt. Weitere gemeinsame Aktivitäten werden bei den zweimal jährlich stattfindenden Kooperationspartnertreffen vereinbart, z.B. die Unterstützung von Bürgerbündnissen, Beiträge in Verbandspublikationen, Veranstaltungen oder Projekte wie die „Tage der Demokratie“.

Eine bereits zum dritten Mal im Jahr 2010 gemeinsam durchgeführte Aktion ist der „Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz“ unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck.

Am Wochenende des 08. und 9. Mai 2010 setzten die Landesregierung, der Landessportbund (LSB) und der Fußball-Landesverband Brandenburg (FLB) landesweit ein deutliches Zeichen für Menschlichkeit und Toleranz. Auf allen Fußballplätzen im Land Brandenburg fanden Spiele unter dem Motto „Wir Fußballer für ein Tolerantes Brandenburg“ statt. Im Vorfeld unterzeichneten der Ministerpräsident sowie die Präsidenten des LSB, Hans-Dietrich Fiebig, und des FLB, Siegfried Kirschen, eine Resolution. Darin wurde für „eine Kultur der Anerkennung, Partizipation und Demokratie“ geworben und der Einsatz für Menschlichkeit und Toleranz bekräftigt.

Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beschäftigen nicht nur die Menschen in den Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg – sie sind auch Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ fördert sowohl den praxisbezogenen als auch den wissenschaftlichen Austausch und wirkt in mehreren Gremien, Beiräten, Foren und Wettbewerbsjurs mit.

Sie ist Mitglied in der Jury des „Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“. Die Jury verleiht jedes Jahr das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die sich durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung auszeichnen. Gleichmaßen bringt sie sich seit mehreren Jahren in der Jury des Wettbewerbs „Fair bringt mehr - Der Wettbewerb für mehr Miteinander“ der Marketinggemeinschaft der Volks- und Raiffeisenbanken ein. Die Koordinierungsstelle unterstützt die Veranstalter bei der Vorbereitung der Jurysitzungen und koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit. Die Schirmherrschaft hat zum wiederholten Mal der Ministerpräsident des Landes Brandenburg übernommen. Das Motto des Wettbewerbs lautet „Hinschauen statt wegsehen, aktiv werden statt abwarten“. Er richtet sich an Kindergärten und Schulen bis zur Sekundarstufe II. Seit 2007 haben rund 10.000 Kinder bei dem Wettbewerb mitgemacht.

Die Leiterin der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist Ländervertreterin im Forum gegen Rassismus. Sie ist Mitglied der geschäftsführenden Arbeitsgruppe. Das Forum gegen Rassismus setzt sich für die Überwindung von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt und gegen jede Form von Diskriminierung, Benachteiligung und Ausgrenzung ein.

Am 07. Oktober 2010 war die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ Gastgeber der 31. Sitzung des Forums gegen Rassismus. Dort wurde zum wiederholten Mal eine Diskussion um die Verwendung des Begriffs „Rasse“ in deutschen Gesetzestexten in Bezug auf Menschen geführt. Besonders kritisch wurde die Verwendung im Hinblick auf die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes gesehen. Mehrere Nichtregierungsorganisationen haben mittlerweile gefordert, den Begriff „Rasse“ in Gesetzen und Verordnungen nicht mehr zu verwenden. Im März 2010 war der Sachverhalt Gegenstand einer Kleinen Anfrage (LT-Drs. 5/519 und 5/719) im Brandenburger Landtag. Wenig später, am 08. Juni 2010, nahm die Koordinierungsstelle diese Diskussion zum Anlass und veranstaltete in Kooperation mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) an der Universität Potsdam einen öffentlichen Fachtag, der sich mit der Verwendung des Begriffs „Rasse“ beschäftigte. Wissenschaftler und Experten, darunter Prof. Dr. Christian Geulen (Universität Koblenz-Landau), Dr. Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte) sowie die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg Prof. Dr. Karin Weiss, diskutierten die Fragen, woher der Begriff „Rasse“ in den Gesetzestexten kommt, welche Probleme er mit sich bringt und ob Handlungsbedarf besteht. Im Januar 2011 gründete sich innerhalb der Landesregierung unter Federführung der Integrationsbeauftragten eine Arbeitsgemeinschaft, die sich mit dem Sachverhalt auseinandersetzt und prüft, ob Änderungen notwendig sind.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ begleitete in den letzten Jahren kontinuierlich die Umsetzung der Bundesprogramme für Vielfalt und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg.

Im Vorfeld der neuen Programme und bis heute galt es als unverzichtbar, eine rechtzeitige Vernetzung zwischen den verschiedenen Bundesprogrammen und den Landesprojekten zu befördern. Parallelstrukturen sollten vermieden und Synergien entwickelt werden.

Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wirkte die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ aktiv an der Umsetzung mit und übernahm die Aufgabe einer Landeskoordinierungsstelle im Sinne des Programms. Sie diente bei Interventionsanlässen neben den Trägern im Beratungsnetzwerk als Erstkontaktstelle und leistete bei Bekanntwerden eines Handlungsbedarfs bereits selbst unmittelbar und zeitnah erste Beratungsarbeit. Das Beratungsnetzwerk traf sich auf Einladung der Landeskoordinierungsstelle regelmäßig zu Beratungsrunden, um Erkenntnisse auszutauschen, wichtige Absprachen zu treffen und gemeinsame Veranstaltungen oder Strategien zu entwickeln.

Über das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ wurden die Strukturen im Beratungsnetzwerk im Förderzeitraum 2007-2010 insgesamt i.H.v. ca. 1.244.000 Euro Bundesmitteln gefördert (2010 i.H.v. 250.000 Euro).

Auch im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, in dem eine aktive Ländermitwirkung (Ausnahme war das Ländervotum zur Auswahl der Lokalen Aktionspläne) programmatisch nicht vorgesehen war, wurde eine konzentrierte Begleitung durch die Koordinierungsstelle vorgenommen.

Die Koordinierungsstellen der Lokalen Aktionspläne sowie die federführenden Ämter wurden zweimal jährlich mit der für das Coaching zuständigen Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg eingeladen, um eine landesweite Vernetzung zu ermöglichen. Sogar die Bundesebene nahm auf Einladung regelmäßig an diesen Treffen teil. Seit 2007 bis 2010 wurden Lokale Aktionspläne (LAP) in den Landkreisen Barnim, Uckermark, Ostprignitz-Ruppin, Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Märkisch-Oderland sowie in der Region Hoher Fläming, in der Stadt Fürstenwalde/ Spree und in Frankfurt (Oder) entwickelt und umgesetzt.

Die Koordinierungsstelle verknüpfte diese neu entwickelten Strukturen in den letzten vier Jahren mit den Ressourcen des Beratungsnetzwerks.

Im Ergebnis können die dadurch entstandenen Arbeitsbeziehungen und Netzwerke als außerordentlich dienlich für eine Veränderung des Klimas innerhalb des zivilgesellschaftlichen Diskurses eingeschätzt werden. Die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für rechtsextremistische Phänomene vor Ort ist zunehmend vorangeschritten und die gemeinsam verfolgten örtlichen Handlungsstrategien bieten Erfolg versprechende Lösungsansätze für die nachhaltige Stärkung der Zivilgesellschaft gegen demokratiefeindliche Prozesse. Durch die intensive Vernetzung und die Kooperation zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe sind erfolgreiche Entwicklungen angestoßen und ist die wechselseitige Anerkennung befördert worden.

Seit 2007 wurden im Land Brandenburg über „Vielfalt tut gut“ zehn Lokale Aktionspläne i.H.v. insgesamt ca. 3.000.000 Euro und neun Modellprojekte (Träger mit Sitz im Land Brandenburg) i.H.v. insgesamt ca. 1.795.000 Euro Bundesmittel gefördert (mehr Details vgl. Bericht der Landesregierung vom 22.06.2010, LT-Drs. 5/1482).



Zusätzlich wurde im Jahr 2007 durch das Bundesinnenministerium sowie mit dem Bundesfamilienministerium die Initiative „Orte der Vielfalt“ ins Leben gerufen. Ausgezeichnet wurden im Jahr 2010 zum dritten Mal Städte, Gemeinden und Kreise, die sich ausdrücklich zu Vielfalt, Toleranz und Demokratie sowie gegen jede Form von Extremismus bekennen. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gab 2010 erneut mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und der Landesregierung sowie mit dem Landkreistag und Städte- und Gemeindebund ein Ländervotum für die Auszeichnungsrunde ab.

Die im Jahr 2010 ausgezeichneten „Orte der Vielfalt“ im Land Brandenburg waren: Perleberg, Bad Liebenwerda, Großräschen, der Landkreis Märkisch - Oderland und der Landkreis Oberspreewald - Lausitz.

Mit den 2010 ausgezeichneten Kommunen gibt es im Land Brandenburg insgesamt 29 „Orte der Vielfalt“.

Eine Analyse der Erfahrungen mit den beiden Bundesprogrammen sollte nach Auffassung der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ rechtzeitig vor Beendigung dieser ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wurde durch das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) an der Universität Potsdam in Kooperation mit der Koordinierungsstelle am 17. und 18.03.2010 in Potsdam die Fachkonferenz mit dem Titel „Toleranz fördern – Gemeinwesen stärken“ durchgeführt. Die Anwesenden diskutierten über die Bilanz und Wirkung der beiden Bundesprogramme im Land Brandenburg.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie“ bei der nachhaltigen Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten einen bedeutsamen Beitrag leisteten.

Die Koordinierungsstelle befürwortete zeitig, dass beide Bundesprogramme ab dem Jahr 2011 fortgesetzt werden, und brachte sich in die inhaltlichen Diskussionen zu geplanten Veränderungen ein. Kommunen bzw. Träger wurden schließlich im Jahr 2010 in Vorbereitung auf die durch den Bund neu entwickelte Programmphase intensiv beraten.

Nachfolgend wird im Ergebnis der entwickelten Programmneuausrichtung und der in 2010 vorgenommenen Beratungen näher auf die seit Beginn des Jahres 2011 wirkenden neuen Bundesprogramme eingegangen.

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) führt seit dem

1. Januar 2011 die erfolgreiche Arbeit der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter einem gemeinsamen Dach fort. Es zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Für das Bundesprogramm werden derzeit bis zum Ende des Jahres 2013 jährlich 24 Millionen Euro an Bundesmitteln für alle Bundesländer zur Verfügung gestellt.

Mit dem neuen Bundesprogramm wird als ein Förderschwerpunkt die „Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken“ benannt. Hierfür stehen dem Land Brandenburg jährlich bis zu 250.000 Euro Bundesmittel zur Verfügung, die genutzt werden, um die Aufrechterhaltung der bewährten Netzwerkstrukturen im „Toleranten Brandenburg“ im Wege der Projektförderung zu gewährleisten.

Das Hauptziel des Bundes ist es, die landesweiten Beratungsnetzwerke nachhaltig zu stärken und eine Vergleichbarkeit mit anderen Unterstützungsangeboten (z.B. im sozialen Bereich) herzustellen. Mittels der Entwicklung von Instrumenten, Strukturen und Verfahren soll zur Qualitätssicherung beigetragen werden. Am Ende der Förderperiode soll eine Festlegung von einheitlichen Qualitätsstandards erfolgen. Die Koordinierungsstelle leitet diesen Qualitätssicherungsprozess und wirkt wie bereits im Vorgängerprogramm „kompetent.für Demokratie“ als Landeskoordinierungsstelle bzw. Erstkontaktstelle für Beratung.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die „Förderung Lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort mit zwei Programmbausteinen.

Aufgrund des für das Land Brandenburg vorgesehenen Fördervolumens können insgesamt nur sechs Lokale Aktionspläne (LAP) gefördert werden. Im Interessenbekundungsverfahren haben sich acht brandenburgische kommunale Gebietskörperschaften um eine Förderung bemüht. Der Bund hat bei der Auswahl der Lokalen Aktionspläne (LAP) die Koordinierungsstelle, den Landkreistag Brandenburg und den Städte- und Gemeindebund Brandenburg zur Stellungnahme aufgefordert.

Unter Beteiligung der Träger im Beratungsnetzwerk, des Innenministeriums (Kommunalaufsicht, Landespräventionsrat und Verfassungsschutz) sowie der Integrationsbeauftragten wurden sechs Regionen befürwortet:

Stadt Cottbus, Landkreis Spree-Neiße, Regionaler Wachstumskern Prignitz (Städte Perleberg, Wittenberge und Karstädt mit der Wirtschaftsinitiative Westprignitz e.V.), Landkreis Teltow-Fläming, Stadt Rathenow und Landkreis Oberhavel (Start im Vorverfahren bereits 2010). Der Bund folgte dieser Stellungnahme ausnahmslos.

Mit dem Schwerpunkt „Förderung Lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort“ will der Bund die Länder und vor allem die kommunalen Gebietskörperschaften in ihren Bemühungen unterstützen, rechtsextremistischen Gefährdungen wirksam entgegenzuwirken. Für jedes der ausgewählten sechs Fördergebiete werden für die Entwicklung, Implementierung und Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen im ersten Förderjahr bis zu 100.000 Euro, ab dem zweiten Jahr jährlich 10.000 Euro weniger zur Verfügung gestellt.

Die bereits mit dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ im Jahr 2007 gestarteten zehn Lokalen Aktionspläne werden, obwohl laut Programm ursprünglich ein Ende im Jahr 2010 vorgesehen war, mit diesem Bundesprogramm zur „Sicherung der Nachhaltigkeit der integrierten lokalen Strategien im Rahmen ihrer Weiterentwicklung in kommunale bzw. regionale Entwicklungskonzepte“ erneut mit einer Förderung unterstützt (erstes Förderjahr bis zu 40.000 Euro, dann jährlich 10.000 Euro weniger).

Die Koordinierungsstelle wird die Lokalen Aktionspläne, wie auch in den vergangenen Jahren, eng begleiten. Im Jahr 2011 sind erste Vernetzungstreffen zwischen „alten“ und „neuen“ Lokalen

Aktionsplänen geplant, ebenso wie eine Vernetzung dieser mit dem Beratungsnetzwerk und den im Land sich neu entwickelnden Bundesmodellprojekten aller Bundesprogramme.

Als weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Modellprojekten, die innovative Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entwickeln und erproben, vorgesehen.

Aufgrund der schon im Vorgängerprogramm auch durch die Koordinierungsstelle bemängelten, zu erbringenden hohen Kofinanzierungsleistung von 50 Prozent sind im Verhältnis zur letzten Förderperiode weitaus weniger Interessenbekundungen von Trägern mit Sitz im Land Brandenburg (nur 11) abgegeben worden. Derzeit sind im Land Brandenburg zwei Modellprojekte, die einen länderübergreifenden Ansatz gewählt haben, an den Start gegangen. Die Koordinierungsstelle wurde durch den Bund an der Auswahlentscheidung beteiligt.

Für insgesamt drei Jahre werden die folgenden zwei Projekte von Trägern mit Sitz im Land Brandenburg mit jeweils insgesamt 300.000 Euro gefördert:

- Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.: „Holocaust vor Ort – Stadtgeschichte und Vernichtung“,
- Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.: „Vielfalt leben lernen - Diversity- Strategien an Grundschule entwickeln und umsetzen“.

Noch stärker als beim Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN. KOMPETENZ STÄRKEN“ konnten in Brandenburg gemachte Erfahrungen und Erkenntnisse im Jahr 2010 in das neue, durch das Bundesministerium des Innern gestartete Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ eingebracht werden. Der Bund hat in Vorbereitung auf das am 03.09.2010 gestartete Bundesprogramm bereits mit einzelnen Landesregierungen, so auch mit dem Land Brandenburg, der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und Vertretern des Beratungsnetzwerks Gespräche geführt.

Innerhalb dieses Programms soll der ländliche Raum in den fünf ostdeutschen Bundesländern mit einem Fördervolumen i.H.v. 18 Mio. Euro für den Zeitraum 2010 bis 2013 gestärkt werden. Die geringe Kofinanzierung i.H.v. zehn Prozent im Förderschwerpunkt 1 und 3 sowie die nicht zwingend zu erbringenden Eigenmittel im Förderschwerpunkt 2 schaffen besonders günstige Bedingungen für die Antragsteller.

Das Bundesprogramm fördert Projekte in drei Themenschwerpunkten:

- Förderschwerpunkt 1: Stärkung demokratischer Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen,
- Förderschwerpunkt 2: Förderung von Bürgerbündnissen für demokratische Teilhabe,
- Förderschwerpunkt 3: Modellvorhaben zur Stärkung von Teilhabe und Engagement.

Nach Bekanntwerden der Förderbedingungen ermutigte die Koordinierungsstelle im Land Brandenburg tätige Träger und Vereine rechtzeitig dazu, gemeinsam mit dem Beratungsnetzwerk Zielsetzungen zu diskutieren und Projekte zu entwickeln.

Am 04.10.2010 führte die Koordinierungsstelle in Kooperation mit der Regiestelle eine Informationsveranstaltung zum Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ in Potsdam durch.

Den Vereinen und Verbänden des Landes Brandenburg wurden die wesentlichen Intentionen des Programms sowie die Förderbedingungen vorgestellt. Auch intensive Beratungsgespräche sind genutzt worden, um die Möglichkeit der Umsetzung von Projektideen zu eruieren.

Insgesamt können über das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ in der ersten Förderrunde die folgenden Projekte im Land Brandenburg mit einem Fördervolumen von ca. 3 Mio. Euro bis Ende des Jahres 2012 umgesetzt werden:

#### Förderschwerpunkt 1

„Stärkung demokratischer Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen“

(28 Interessenbekundungen)

<b>Träger</b>	<b>7 bewilligte Projekte</b>	<b>Projektlaufzeit</b>
Brandenburgische Sportjugend im LSB e. V.	Tore für Demokratie - Entwicklung demokratischer Strukturen mit Straßenfußball	01.12.10 - 31.12.12
LAG Streetwork e. V.	„Mobile Netzwerker“	01.01.11 - 31.12.12
Arbeitslosenverband Brandenburg e.V.	DEM-TRA-BE – Demokratie verstehen, Transparenz zeigen, Beteiligung eröffnen	01.01.11 - 31.12.12
Stadt Königs Wusterhausen	KomPakT - Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft	01.01.11 - 31.12.12
Kreis- Kinder und Jugendring MOL e. V.	HIER sind WIR	01.01.11 - 31.12.12
Landesfeuerwehrverband Brandenburg e. V.	Ohne Blaulicht“ - Feuerwehren des ländlichen Raumes in demokratischen Prozessen	01.03.11 - 31.12.12
Gemeinde Rüdersdorf	Wir in Rüdersdorf	01.05.11 - 31.12.12

#### Förderschwerpunkt 2

„Förderung von Bürgerbündnissen für demokratische Teilhabe“

(14 Anträge)

<b>Träger</b>	<b>2 bewilligte Projekte</b>	<b>Projektlaufzeit</b>
Neues Volkstheater Fläming e. V.	Gründung einer Jugendvertretung	01.02.11 - 31.01.12
ESTAruppin	Zukunft Südstadt	01.02.11 - 31.01.12

In der zurzeit laufenden zweiten Förderrunde gestaltet sich die Antragslage im Land Brandenburg wie folgt: Förderschwerpunkt 1: 9 Projektanträge; Förderschwerpunkt 2: 29 Projektanträge; Förderschwerpunkt 3: 7 Interessenbekundungen.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ unterstützt in diesem Zusammenhang zwei Antragsteller im Förderschwerpunkt 1 und beabsichtigt deren Kofinanzierung (Brandenburger Landfrauenverband e.V. und das Paritätische Sozial- und Beratungszentrum gGmbH).

Durch die Landesregierung (Landespräventionsrat im Ministerium des Innern, Abteilung Kinder und Jugend des MBS, Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“) sollen im Förderschwerpunkt 1 sechs Projekte mit insgesamt rund 100.000 Euro jährlich kofinanziert werden.

Die Projekte werden mit neuartigen Angeboten das Spektrum der demokratischen Gemeinwesenkultur im Land Brandenburg bereichern und unterstützen. Die Koordinierungsstelle hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Projekte intensiv zu begleiten und zu vernetzen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bundesprogramme wurden über die Landesgrenze Brandenburgs hinweg Diskussionen zur sogenannten „Demokratieerklärung“ geführt.

Die über die Bundesprogramme des BMI und BMFSFJ geförderten Träger und Vereine müssen, um Förderung zu erhalten, eine Erklärung unterschreiben, nach der sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und bestätigen, eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu leisten. Außerdem müssen sie durch ihre Unterschrift im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in eigener Verantwortung dafür Sorge tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referentinnen und Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.

Die Landesregierung Brandenburg hat hierzu erklärt:

„Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Intention der Sätze 2 und 3 der Bestätigungserklärung bereits im Satz 1 wesentlich abgebildet wird. Darüber hinaus hält die Landesregierung die im Satz 3 der Bestätigungserklärung gewählte Formulierung („Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“) für problematisch. Sie wird sich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nachhaltig für entsprechende Korrekturen an der Bestätigungserklärung einsetzen.“(vgl. LT-Drs 5/2313).

Mit dieser Erklärung verpflichtet man sich im zweiten Teil (Sätze 2 und 3), die Verfassungstreue auch bei seinen Partnern nicht vorauszusetzen, sondern vielmehr zu kontrollieren. Ob dieses vorgeschriebene Verfahren angemessen und zweckdienlich ist, eine Unterstützung von extremistischen Organisationen zu verhindern, bleibt nach wie vor umstritten. In der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus hat sich eine auf Vertrauen basierende demokratische Kommunikationskultur entwickelt. Das zum Großteil langjährig gewonnene, gegenseitige Vertrauensverhältnis zwischen den Aktiven kann jedenfalls durch diese verpflichtende Erklärung gestört werden.

Auf Landesebene wurde bei bewilligter Bundesförderung in Abstimmung mit den Trägern im Beratungsnetzwerk pragmatisch auf Widerspruch bezüglich der sogenannten „Demokratieerklärung“ verzichtet, um eine Finanzierung der Beratungsstrukturen nicht zu gefährden. Ebenso liegen für die

kommunale Ebene keine Erkenntnisse vor, dass die für Lokale Aktionspläne geförderten Kommunen den Bewilligungen widersprochen hätten.

### **III Beratunsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“**

Das landesweite Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ ist ein Verbund von Expertinnen und Experten mit unterschiedlichem Fachwissen zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung. Die hohe Qualität, Authentizität und Vielfalt an Arbeitsansätzen machen es möglich, zielgruppenspezifische und individuelle Lösungsstrategien für Vereine, Verbände, Kommunen oder Einzelpersonen zu erarbeiten.

Das Beratungsnetzwerk existiert seit 13 Jahren. Es arbeitet nach dem Prinzip „aufsuchen, unterstützen, ermutigen“ und berät Hilfesuchende tagtäglich und flächendeckend im ganzen Land.

Das Netzwerk koordiniert einerseits die Aktivitäten der Netzwerketeiligten, andererseits entwickelt es eigene Schwerpunkte für das jeweilige Jahr. Durch das Beratungsnetzwerk ist insbesondere die Koordinierung zwischen staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln auf gleicher Augenhöhe institutionalisiert und verbessert worden. Dies betrifft auch die Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ leitet das Beratungsnetzwerk auf Landesebene. Sie lädt die Mitglieder des Beratungsnetzwerks regelmäßig zu Arbeitstreffen ein. Daneben gibt es sehr viele Arbeitszusammenhänge und Treffen auf lokaler Ebene. Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks sind zum großen Teil regional stark verwurzelt.

Die folgenden Ausführungen der Träger sind in enger Abstimmung mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ entstanden und geben einen Überblick über die Aufgabenfelder der jeweiligen Mitglieder des Beratungsnetzwerks.

#### **III.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützt seit 1997 das bürgerschaftliche Engagement für Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt im Land Brandenburg. Die Zahl der Mitglieder ist von ursprünglich 29 auf 66 angewachsen.

Neu in das Bündnis aufgenommen wurden im Jahr 2010 das Netzwerk für lebendige Demokratie Oberhavel, das Bündnis gegen Rechts Königs Wusterhausen, die Initiative „Wir kümmern uns selbst“ Michendorf, das Bernauer Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit, das Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus Schwedt sowie der Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg. Das Aktionsbündnis hat sich zu einem starken Netzwerk des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt.

Plenarsitzungen aller Mitglieder finden halbjährlich statt.

Bei der 35. Plenarsitzung am 21. April 2010 wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand. Heilgard Asmus, Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche, wurde in ihrem Amt als Vorstandsvorsitzende bestätigt.

Dem Vorstand gehören weiterhin Vertreterinnen und Vertreter des Landessportbunds, der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, des Landesjugendrings, des Vereins Opferperspektive, des Flüchtlingsrats Brandenburg sowie des Bündnisses gegen Rechts Falkensee an.

Das Aktionsbündnis hat einem Beschluss des 34. Plenums folgend seine Präsenz im Internet intensiviert, um die Vernetzung des bürgerschaftlichen Engagements zu fördern und um auf die zunehmende Nutzung neuer Medien durch Rechtsextreme zu reagieren. Seit dem 1. Februar 2010 wird unter der Adresse [www.aktionsbueundnis-brandenburg.de](http://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de) tagesaktuell über Ereignisse und Entwicklungen berichtet, die für die Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit von Belang sind. Des Weiteren werden ein landesweiter Veranstaltungskalender und Praxistipps für demokratisches Engagement angeboten. Die Bürgerinnen und Bürger haben zudem die Möglichkeit, Kontakt zu Initiativen in ihrer Region aufzunehmen.

Einen weiteren Schwerpunkt legt das Aktionsbündnis auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Argumentationen, mit denen versucht wird, Ängste zu schüren und aus demokratiefeindlichen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung Kapital zu schlagen. Anlässlich der besorgniserregend hohen Zustimmungswerte zu demokratiefeindlichen Aussagen, die in mehreren Studien festgestellt wurden, und der in der Integrationsdebatte des Jahres 2010 artikulierten Vorurteile gegen gesellschaftliche Gruppen diskutierte der Vorstand mit Wissenschaftlern des Moses Mendelssohn Zentrums am 27. September 2010 im Rahmen einer Klausurtagung über die Gefahr eines Rechtspopulismus im Land Brandenburg. Am 14. Dezember 2010 wurde diese Debatte im Rahmen einer öffentlichen, auch im Internet per Video zu verfolgenden Diskussion unter dem Titel „Feindbilder – Woher kommen die Wünsche nach Ausgrenzung?“ mit Expertinnen und Experten vertieft.

Rechtsextreme Parteien sind nach Ansicht des Aktionsbündnisses nicht in der Lage, demokratiefeindliche Einstellungen kurzfristig in eine organisatorische Stärkung zu übersetzen. Eine erhebliche Gefahr sieht das Aktionsbündnis jedoch in Versuchen Rechtsextremer, an gesellschaftlich diskutierte Probleme und teilweise legitimierte Diskurse anzuknüpfen und diese mit Ideologie aufzuladen. Vor diesem Hintergrund setzt das Aktionsbündnis weiterhin darauf, durch Proteste einer Normalisierung rechtsextremer Auftritte entgegenzuwirken, und zugleich durch Aufklärung die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten zu befördern.

Die gestiegene demokratische Achtsamkeit und fortgeschrittene Vernetzung der im Aktionsbündnis zusammengeschlossenen Verbände und Initiativen, auch von Kommunen und Kooperationspartnern im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ermöglichen es, rechtsextreme Auftritte flächendeckend mit Protesten zu begleiten.

Das zeigte sich exemplarisch im Sommer 2010, als sich in den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland mehr als 100 Vereine, Initiativen, Schulen, Parteien und Verbände unter dem Motto „Brandenburg nazifrei!“ zusammenschlossen, um gegen Demonstrationen einer inzwischen aufgelösten rechtsextremen Kameradschaft zu protestieren. Das Aktionsbündnis trug zu diesen

Protesten durch Kundgebungen bei, die gemeinsam mit den Stadtverwaltungen Strausberg und Bad Freienwalde, der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde sowie dem Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit in Bernau ausgerichtet wurden.

Bei der Aufklärung über rechtsextreme Propaganda setzt das Aktionsbündnis auf das Netzwerk von Verbänden und Initiativen und die Kooperation mit der Landesregierung, um viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. So wurden in Kooperation mit dem Landessportbund mehrere tausend Wandkalender an Vereine verteilt, die anlässlich der Frauenfußball-WM 2011 für Demokratie und Vielfalt, nicht nur auf dem Sportplatz, werben. Der damalige Sportminister Holger Rupprecht stellte den Kalender, der auch von Nationalspielerinnen des 1. FFC Turbine Potsdam beworben wird, am 10. Dezember 2010 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor.

Im Herbst 2010 hat das Aktionsbündnis unter der Adresse [www.wissenswertes.aktionsbueundnis-brandenburg.de](http://www.wissenswertes.aktionsbueundnis-brandenburg.de) eine Reihe von Podcasts gestartet, in denen über demokratische Lösungen für gesellschaftliche Probleme diskutiert wird, die von Rechtsextremen für Propaganda missbraucht werden. Die Beiträge, an denen zahlreiche Expertinnen und Experten brandenburgischer Forschungseinrichtungen, der Polizei und von Verbänden mitwirken, widmen sich unter anderem dem Umgang mit Sexualstraftätern, der Grenzkriminalität und der Abwanderung.

Das Aktionsbündnis ist vielfältig vernetzt. Es gehört dem Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ und dem Förderbeirat an, der Lottomittel zur Förderung lokaler Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus vergibt. Das Aktionsbündnis ist in der Jury des Oranienburger Toleranzpreises und im Beirat des Modellprojekts Migrantenbeteiligung in Brandenburg der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, vertreten. Regelmäßig wird das Aktionsbündnis von anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeladen, um über Erfahrungen zu berichten oder um zu fachlichen Diskussionen beizutragen. Dazu kommen Beratungen von Landtags- und Bundestagsfraktionen demokratischer Parteien sowie des Innenausschusses des Landtages. Auch bei zivilgesellschaftlichen und parlamentarischen Veranstaltungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin hat das Aktionsbündnis teilgenommen.

### **III. 2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos**

Das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos ist 2006 gegründet worden und arbeitet gemeinsam mit der RAA Brandenburg unter dem Dach des eingetragenen „Vereins Demokratie und Integration Brandenburg“.

Das Institut unterstützt Demokratie geleitetes Bürgerengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen Brandenburgs. Es beherbergt das Mobile Beratungsteam, das seit 11 Jahren im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ in den Kommunen tätig ist.

Das Beratungsangebot der Mobilien Beratungsteams (MBT) in Brandenburg wurde im Jahr 2010 gut angenommen. Es ist strukturell eng mit dem Netzwerk der Koordinierungsstelle verbunden.



Die folgenden Ausführungen zur Arbeit des MBT stellen nur ein Segment des gesamten Handlungsfeldes dar.

Das Mobile Beratungsteam (MBT) im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung vertritt die Arbeitshypothese, dass die Erfolge der Rechtsextremen dort entstehen, wo politische Kultur fehlt. Das blieb 2010 weiterhin klar belegbar. Aus seiner Sicht ist es die Aufgabe der demokratischen Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen, die politische und weltanschauliche Willensbildung zu stimulieren. Das MBT nimmt hier eine vermittelnde Rolle ein und berät diese Organisationen regional. Die Erfahrung zeigt, dass in Kommunen mit einer lebendigen, pluralen politischen Kultur rechtsextreme Bestrebungen kaum eine Chance haben.

Bisher wurde die Arbeit des MBT überwiegend in den Kleinstädten Brandenburgs nachgefragt. Die Dörfer und der ländliche Raum nehmen aber in der Beratungsarbeit immer mehr Raum ein. Schwierigkeiten, die das MBT in den vergangenen Jahren hatte, waren die fehlenden Strukturen demokratischer Parteien sowie mangelndes Wahrnehmungsvermögen auf lokaler Ebene, rechtsextreme Aktivitäten zu erkennen. Um überhaupt einen Kommunikationsstrang vor allem in die Potsdam ferneren Regionen zu bekommen, hat das MBT beispielsweise eine Arbeitshilfe für die Jugendwarte der Freiwilligen Feuerwehren entwickelt. Ziel der Arbeitshilfe ist es, dass die Jugendfeuerwehrwarte mit den Kindern und Jugendlichen Demokratie bildende Elemente in ihre Treffen aufnehmen. Diese Elemente sollen klein, überschaubar und annehmbar sein. Dieser sehr praxisorientierte Ordner, der eine von der Jugendfeuerwehr erstellten Arbeitshilfe ergänzt, wird sehr stark nachgefragt – allerdings mit dem Wunsch, dass das MBT doch die Arbeitsweise schult. Dadurch gelingt zunehmend der Zugang in die ländlichen Milieus.

Die Anfragen an das MBT werden vielfach von den Kreisverwaltungen oder den Kreistagsvorsitzenden gestellt und beziehen sich im Wesentlichen auf mögliche Reaktionsmuster auf rechtsextreme parlamentarische Aktivitäten. Anfragen von Abgeordneten sind selten, da es anders als in anderen Bundesländern in Brandenburg nur wenige Attacken auf demokratische Abgeordnete oder Parteibüros gibt. Dennoch erwartet das MBT auf dieser Ebene neue Entwicklungen. Ziel solcher Aktionen ist es, die politische Sphäre zu entsolidarisieren. Die Rechtsextremen nehmen an, dass bei einem Überfall auf Die Linke sich die lokal agierenden Parteien aus taktischen Gründen öffentlich nicht mit den Opfern des Überfalls solidarisieren. Praktisch sind alle Parteien potenzielles Ziel solcher Angriffe.

Nachdem Workshops der MBTs für Basisorganisationen der demokratischen Parteien in den Wahljahren 2008 und 2009 zu einem guten Beziehungsgeflecht geführt haben, nimmt der Anteil von Beratungsanfragen aus diesem Bereich kontinuierlich zu. Es kommt vor allem im kleinstädtischen Bereich immer noch zu Impulsen, eine „Einheitsfront“ gegen Rechtsextremismus zu bilden, doch gelingt das nur sehr punktuell und ist auch nicht generell sinnvoll. Das gesamte politische Spektrum kann sich sehr wohl gegen Rechtsextremismus engagieren, ohne dieselben Form und Vorgehensweisen zu wählen. Vor allem in stark polarisierten Gemeinden mit knappen Mehrheitsverhältnissen sind Bündnisse über die ideologischen Grenzen hinweg schwer machbar. Hier versucht das MBT, adäquate Modelle zu entwickeln, die den jeweiligen Gruppen eine eigenständige Positionierung ermöglichen. Aber auch die funktionierenden Bündnisse, die weitgehend seit ihrer Gründung vom MBT begleitet werden, sind weiterhin im Beratungszusammenhang des MBT.

Inzwischen spielen auf kommunaler Ebene nicht mehr nur unmittelbare Aktionen gegen Rechtsextremismus die zentrale Rolle, sondern die Frage nach politischer und demokratischer Initiative in rechtsextrem affinen Milieus. Anfragen nach Beratung kommen hier aus allen Bereichen des politischen Spektrums, da es ja nicht nur um ein Auffangen von undemokratischen Haltungen geht, sondern zugleich um Wählerpotenzial. Erfreulich für das MBT ist dabei, dass diese Anfragen zumeist erst von Parteimitgliedern aus der Region selbst gestellt werden, dann aber recht zügig in den Parteihierarchien nach oben sich entwickeln.

Nicht immer findet eine Beratung im Gemeinwesen statt oder hat ein Netzwerk zum Ziel. In einigen Fällen kam es auch zu individuellen Beratungen. In vom MBT bearbeiteten Fällen war eine öffentliche Handlung vonseiten der Opfer nicht erwünscht, sondern nur ein Coaching für die betroffenen Personen. Hierbei ging es nicht um die individuelle Aufarbeitung von Opfererfahrungen – die von der Opferperspektive bearbeitet wird – sondern um die Positionierung und Aktivität der Betroffenen im Gemeinwesen.

Einheitliche äußere Ausdrucksformen rechtsextremer Jugendkultur haben an Bedeutung verloren. Tatsache ist auch, dass rechtsextreme Einstellungen und der Umgang mit rechtsextremen Inhalten und Symbolen von vielen jungen Menschen als mögliche und sinnvolle Alternative zu den Inhalten der demokratischen Mehrheitsgesellschaft angesehen werden. Mangels der Möglichkeit zur Entwicklung demokratischer Jugendkulturen im ländlichen Bereich und der insbesondere dort zu häufige Anpassungsdruck verschaffen rechtsextremen Vorstellungswelten unter jungen Menschen Akzeptanz und Zustimmung. Demokratische Parteien haben nach Einschätzung des MBT im ländlichen Raum kaum eine Rolle gespielt. Entsprechend beschreiben Wissenschaftler dort ein parteipolitisches Engagement von jungen Erwachsenen, das gegen 0 tendiert. Hier bleibt ein wichtiger Aufgabenbereich für die demokratischen Parteien bestehen.

Mit der Fundamentalopposition der Rechtsextremen (gegen das „System“ an sich) wendet sich diese Szene an Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft - Einstellungen, die punktuell von Distanz und Skepsis bis hin zur Ablehnung gegenüber der demokratischen Verfasstheit des Landes bestimmt sind. Das ist ein zentrales Problemfeld der nächsten Jahre. Inzwischen gibt es bezogen auf diese Milieus Reaktionen der demokratischen Gesellschaft. Es ist inzwischen breit anerkannt, dass der ländliche Raum verstärkt in den Fokus von Aktivitäten der brandenburgischen Träger genommen wird. Entsprechend sind auch die Anfragen an das MBT gestiegen, bei diesen Trägern beratend tätig zu werden.

Das MBT operiert nicht in einem sterilen Arbeitsfeld, sondern ist vielfältig vernetzt. An erster Stelle ist hier die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zu nennen. In regelmäßigen formalen Treffen, wie aber auch über kurze Kontakte zu aktuellen Entwicklungen stehen hier Ressourcen zur Verfügung, die unkompliziert und effizient sind. Die jahrelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit macht sich in der Praxis durch verzahnte, schnelle Reaktionsmuster bemerkbar.

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist in den letzten Jahren ebenfalls ein fester Bestandteil unseres Netzwerks. Hier stehen besonders die Verwaltungen von Landkreisen und Kommunen im Zentrum, die

mit rechtsextremen Erscheinungsformen zu kämpfen haben. Die klar und rollensicher gestaltete Arbeit ist sehr fruchtbar und führt in den betroffenen Regionen zu einer deutlichen Entlastung.

Seit 2008 beteiligt sich das MBT mit dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, und dem Verfassungsschutz an einer Fortbildungsreihe für Ordnungsamtsleiterinnen und -leiter sowie für Polizistinnen und Polizisten, bei der es vor allem um rechtsextreme Organisationen und Reaktionsmöglichkeiten der Behörden in den Regionen geht. Der Ansatz, der diesen Veranstaltungen zugrunde liegt, ist eine „Empowerment“-Idee, die den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern mehr Selbstbewusstsein und Wissen für ihre Reaktionen auf rechtsextreme Erscheinungsformen vermitteln soll. Dabei soll die Palette der Handlungsmöglichkeiten und der potenziellen Akteure erweitert werden.

Angeregt durch die demografische Entwicklung findet das MBT zunehmend Partner aus der Wirtschaft, die sich mit dem Thema auf regionaler Ebene auseinandersetzen möchten.

Als wesentliches Arbeitsfeld der nächsten Jahre ist absehbar, dass verstärkt bildungsferne Gruppen in ländlichen Räumen in den Fokus rücken. Sie sollten ihre Themen selbst generieren und über diese Themen in demokratische Prozesse eingebunden werden.

Soll der Demokratie stabilisierende Aspekt des „Toleranten Brandenburg“ ernst genommen werden, sollte nach Einschätzung des MBT das konservative Milieu weiterhin im Blickpunkt der Aktivitäten stehen. Wenn das Land Brandenburg in Elbe-Elster etwa Museen hat, die sich behutsam und mit kulturell ausgefeilten Konzepten an der Arbeit gegen Rechtsextremismus beteiligen, dann ist das bundesweit einzigartig und genau angepasst.

### **III.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie**

Aufgrund fremdenfeindlicher Gewalt und rechtsextremer Vorfälle in Brandenburg wurde die Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (Demokratie und Integration Brandenburg e.V.) im Jahr 1992 auf Initiative der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Almuth Berger, des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und der Freudenberg Stiftung initiiert. 1998 wurde sie als wichtiger Kooperationspartner in das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ aufgenommen.

Die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Brandenburg) sind Mitglied im Landesintegrationsbeirat und in dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die RAA Brandenburg arbeiten als Nichtregierungsorganisation im gesamten Land Brandenburg. Seit 2004 bilden die Büros der Mobilen Beratungsteams und der RAA Niederlassungen gemeinsam sechs Büros für Integration und Toleranz (BIT) und damit regionale Unterstützungsagenturen für die Bürgergesellschaft und gesellschaftliche Institutionen. Die schulbezogene Arbeit, die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen für Weltoffenheit und Toleranz und die Unterstützung der Integration von Zuwanderern bilden den Kern der Aufgaben der RAA Brandenburg.

Seit 2006 arbeiten die RAA Brandenburg und das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos, gemeinsam unter dem Dach des eingetragenen Vereins Demokratie und Integration Brandenburg.

Die Arbeit der RAA versteht sich als Beitrag für eine Gesellschaft, in der die Würde eines jeden Menschen, unabhängig seines Geburtsortes, seines Geschlechtes, seiner Sprache, seiner Weltanschauung und Religion, geachtet wird. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Klimas, in dem die gesellschaftliche Integration der Bürgerinnen und Bürger als ein gemeinsamer Prozess und nicht allein als Bringschuld von Migrantinnen und Migranten gesehen wird. Integration bedarf der Anstrengung aller Gesellschaftsmitglieder und hat als Ziel die gleichberechtigte Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen.

Die Arbeit der RAA Brandenburg zielt im Wesentlichen auf die Förderung von Toleranz und demokratischen, weltoffenen Einstellungen sowie auf die Förderung der demokratischen Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in der brandenburgischen Gesellschaft.

Seit Einrichtung des Beratungsnetzwerks sind die RAA Brandenburg Teil dieses Netzwerks.

Im Rahmen der Arbeit des Beratungsnetzwerks haben die RAA Brandenburg folgende Schwerpunkte in 2010 gesetzt:

#### Förderung demokratischer und interkultureller Schulentwicklung

Demokratische Beteiligung stellt eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Prävention von Rechtsextremismus und Gewalt dar. Demokratische und interkulturelle Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen (und natürlich auch bei den Lehrkräften) ermöglichen den Umgang mit Verschiedenheit, mit Unsicherheit und mit Konflikten. Dann wachsen die Schülerinnen und Schüler in einer Schulkultur auf, die geprägt ist von Wertschätzung der eigenen und der Leistung der anderen, Wertschätzung der eigenen Einstellungen und Haltungen wie die der anderen. Sie wachsen in einer Kultur, die Selbstvertrauen, Selbstachtung und Empathie fördert und die Konflikte beispielhaft gewaltfrei und kreativ bearbeitet und löst. Eine derartige Schulkultur braucht ein entsprechendes Programm der gesamten Schule, sie braucht Lehrkräfte, die im Unterricht Schülerinnen und Schüler beteiligen, ihnen Vertrauen entgegenbringen, Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler aus Projekten und ihrer Alltagswelt in den Unterricht integrieren, und damit das Lernen der Schülerinnen und Schüler begleiten. Eine entsprechende Kultur und ein entsprechendes Programm lassen sich nicht von oben diktieren, es muss gemeinsam entwickelt und gemeinsam immer wieder aktualisiert werden – dies unter Beteiligung derjenigen, die das Programm betreffen. Deshalb beraten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA Brandenburg seit einigen Jahren Schulen, die eine demokratische und weltoffene Schulkultur entwickeln wollen. In Absprache mit dem MBS haben sie eine zertifizierte Fortbildungsreihe entwickelt, in der Beraterinnen und Berater für demokratische Schulentwicklung aus- und weitergebildet werden. Die Ausbildung endet im Herbst 2011 (Projekt DEINS!: [www.raa-brandenburg.de](http://www.raa-brandenburg.de)).

Im Rahmen des Projekts sind außerdem Kooperationen mit polnischen und israelischen Partnern gestiftet worden, die Gelegenheit zu weiteren gemeinsamen Projekten geben.

Als ein Praxisprojekt der RAA Cottbus zur Förderung demokratischer Schulentwicklung ist im Landkreis Elbe-Elster (Kooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“) in Kooperation mit dem Präventionsrat Elbe-Elster das Projekt „Fair-Miteinander“ für Kitas und Grundschulen umgesetzt worden. Es handelt sich dabei einerseits um eine Anlehnung an das durch die Ordnungsbehörden propagierte Anti-Bullying-Programm stärkt andererseits aber deutlicher die eigenen Entwicklungsperspektiven von Kitas und Schulen.

Im Rahmen der schulbezogenen Schwerpunkte haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA Brandenburg 2010 in 152 Veranstaltungen 2466 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Eltern und Partnereinrichtungen von Schulen) erreicht.

Ebenso unterstützen die RAA Brandenburg Schulentwicklung mithilfe der Anregung und Begleitung von Projekten und Programmen. Hier sind besonders zu nennen:

- Methoden der Förderung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen: Soziales Lernen, Klassenrat, Streitschlichter, Einführungswochen für Schüler/-innen der 7. Klassen;
- Umsetzung von Programmen, wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, Lernen durch Engagement (Service Learning);
- historisch-politische Bildung (Zeitzeugenprogramm des Landes Brandenburg, Multiplikatorenfortbildung für Lehrkräfte in Kooperation mit den Gedenkstätten Sachsenhausen und Terezin etc.);
- Verantwortungsübernahme und Globales Lernen (Begegnungen mit Sansibar, Schulprojekte und die 7. Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage – BREBIT in Kooperation mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren).

#### Sicherer Umgang mit Vielfalt (von der Kita und Grundschule an)

Es ist mittlerweile allgemein anerkannt, dass die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt mit der Kitaerziehung starten muss. Die RAA Brandenburg haben deshalb im Rahmen von Modellprojekten Fortbildungen und Beratungskonzepte zur Förderung interkultureller Kompetenzen in Kita und Grundschule entwickelt (Publikationen/Materialien unter: [www.raa-brandenburg.de](http://www.raa-brandenburg.de)). Diese Praxisansätze stehen jetzt in allen Niederlassungen der RAA Brandenburg zur Verfügung und werden insbesondere von Kitas vermehrt nachgefragt. Im laufenden Jahr ist es den RAA Brandenburg gelungen, ein Projekt über den Europäischen Integrationsfonds zu beantragen, in dem Kitas bei der frühen Sprachförderung und der interkulturellen Öffnung gestärkt werden können. Das Projekt startet zum 1.05.2011.

Die 12. Landesintegrationskonferenz wurde am 5.11.2010 von den RAA Brandenburg gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten des Landes, FAZIT-Brandenburg und der Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg durchgeführt. Sie führte sowohl Lehrerinnen und Lehrer aller Schultypen, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Personen in der Integrationsarbeit als auch Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungsebenen im Bildungsbereich zu einem regen Fachaustausch zusammen.

## Antidiskriminierungsarbeit und Förderung gesellschaftlichen Engagements von zugewanderten Menschen

Ziel der RAA Brandenburg in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist die Stärkung von Zugewanderten in der Region. Mit dem gesellschaftlichen Engagement von Zugewanderten steigt einerseits die gesellschaftliche Integration, andererseits sind Zugewanderte besser in der Lage, fremdenfeindlichen Aktivitäten entgegenzuwirken, u.a. da sie Kontakte zu den vielfältigen Initiativen und Runden Tischen gegen Rechtsextremismus und zu den Unterstützungsstrukturen des Beratungsnetzes aufbauen können. Das EIF-geförderte Projekt EmPa (Empowerment und Partizipation) bietet hier ein Qualifizierungsformat für gesellschaftliches Engagement von Zugewanderten in den östlichen Flächenländern an.

### Mobil für Demokratie

Im Rahmen der gemeinsamen Aktivitäten des Beratungsnetzwerks haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA Brandenburg landesweit lokale Akteure bei ihren Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützt. Als besonderes Angebot ist gemeinsam mit der Autorin Mo Asumang in Einrichtungen und Schulen der Film „Roots Germania“ präsentiert und mit Jugendlichen diskutiert worden. 850 Jugendliche haben an den Filmgesprächen teilgenommen.

### „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“

Seit der Übernahme der Landeskoordinierung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR) ist die Zahl der Schulen, die sich im Rahmen von SOR mit den Themen „Ausgrenzung“, „Diskriminierung“, „Rassismus“ und „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen, stetig gestiegen. „Schulen ohne Rassismus“ sind „natürliche Partner“ der RAA Brandenburg geworden. 2010 sind mit der Goethe-Oberschule in Kremmen, der Torhorst- Gesamtschule in Oranienburg, dem Niedersorbischen Gymnasium in Cottbus, dem Friedrich-Anton-von-Heinitz-Gymnasium in Rüdersdorf, dem Humboldt-Gymnasium in Eichwalde und dem Gymnasium Finow in Eberswalde nun 47 Schulen dem SOR-Netzwerk in Brandenburg beigetreten.

### **III.4 Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung**

Die bei der RAA Brandenburg bis Ende 2010 angesiedelte Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung führte zu Beginn des Jahres 2010 zunächst im Norden des Landes Brandenburg entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vorjahr die Qualifizierungs- und Vernetzungsprozesse mit Jugendlichen und Vertretern der Jugendarbeit in Wittstock und den Ortsteilen weiter. Darüber hinaus führte die Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung landesweit zielgruppenbezogene Informationsveranstaltungen zum Thema „Jugendbeteiligung im kommunalen Raum“ mit Jugendlichen, JugendarbeiterInnen, LehrerInnen, VertreterInnen der kommunalpolitischen Entscheidungsebenen, Vereinen und interessierten BürgerInnen durch. Als eine darauf folgende Zielstellung wurde jeweils die

Entwicklung von lokalen Konzeptionen zur konkreten Umsetzung von Informations- und Partizipationsprojekten vereinbart – verbunden mit dem Aufruf öffentlichen Engagements gegen rechtsextremistisch orientierte Erscheinungen und Aktivitäten vor Ort. Weitere Informationsveranstaltungen fanden in Hohen Neuendorf, Elsterwerda, Werder/Havel, sowie in Blankenfelde-Mahlow statt.

Im Rahmen der Begleitung bestehender Jugendbeteiligungsgruppen wurden in Michendorf, Eberswalde, Milower Land, Senftenberg und Eichwalde die zu den Gründergenerationen gehörenden Mitglieder der jeweiligen Kinder- und Jugendparlamente durch junge Nachwuchsmitglieder abgelöst bzw. wurde die „Geschäftsführung“ im Rahmen interner Wahlen an die neuen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger offiziell übergeben. In Senftenberg entwickelte die Landesstelle für das örtliche Kinder- und Jugendparlament in Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugendarbeit und der Verwaltung eine neue Organisationsstruktur.

Neben der landesweiten Gewinnung von Trägern der Jugendarbeit, Stadtverordneten, Gemeindevertreterinnen und -vertretern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verwaltungen für das Thema „Jugendbeteiligung“ bildete die Vernetzung bestehender Jugendbeteiligungsgruppierungen einen weiteren wichtigen Arbeitsschwerpunkt. Dazu veranstaltete die Landesstelle im März und im September 2010 mit allen brandenburgischen Jugendparlamenten, Jugendbeiräten, Initiativgruppen sowie allen am Thema Interessierten die Landestreffen „Jugendbeteiligung 2010“.

Parallel zur direkten jugendorientierten Arbeit konnte die Landesstelle in Kooperation mit der Heimvolkshochschule Seddiner See im Mai 2010 erstmalig ein zweitägiges Seminar zum Thema „Kommunale Planungsprozesse mit aktiver Jugendbeteiligung“ durchführen.

Um weitere Impulse und grundsätzliche Entwicklungen für Jugendbeteiligungsprozesse im Land Brandenburg anzuregen, führte die Landesstelle kontinuierlich Informationsveranstaltungen in Form von Thementagen, Workshops und Infoabenden in Zusammenarbeit mit Kreisjugendringen, kommunalen Verwaltungen sowie im Bereich der Schulen und lokalen Jugendarbeit vor Ort durch.

Als neue Kooperationspartnerin kam in diesem Zusammenhang die pädagogische Leitung der Brandenburgischen Kommunalakademie mit der Bitte um inhaltliche Unterstützung im Bereich politischer Jugendbildung auf die Landesstelle zu. Dementsprechend führte die Landesstelle innerhalb dieser neuen Arbeitsebenen im zweiten Halbjahr eine Workshopreihe „Demokratische Beteiligung und kommunale Verwaltung“ mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der neu beginnenden Ausbildungsgänge zukünftiger brandenburgischer Verwaltungsfachangestellter durch.

Zu Beginn des Jahres 2011 fand ein Trägerwechsel statt. Die Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung ist fortan beim Paritätischen Sozial- und Beratungszentrum angesiedelt.

### **III.5 Opferperspektive e.V.**

Den Opfern rechter Gewalt professionelle Hilfe zukommen zu lassen; die Sichtweise der Angegriffenen nachzuvollziehen und für andere nachvollziehbar zu machen; die gesellschaftlichen Prozesse zu verdeutlichen, die zu rechts-motivierten Gewalttaten führen und damit gesellschaftliche Prozesse

auszulösen, die weitere Angriffe verhindern – diese Verschränkung von Hilfe- und Gestaltungsparadigma bildet den Ansatz des Vereins Opferperspektive.

Der Verein arbeitet mittlerweile seit über 10 Jahren in Brandenburg. Er bietet über eine mobile, aufsuchende Beratung Hilfe für Opfer rechter Gewalt im gesamten Land an. Seit 2007 wird der Verein mit diesem Beratungsansatz im Rahmen des Handlungskonzepts »Tolerantes Brandenburg« gefördert und gehört – neben der RAA, den Mobilen Beratungsteams und dem Aktionsbündnis - zu den festen Bestandteilen des Beratungsnetzwerks. Das Team der Opferperspektive ist multiprofessionell zusammengesetzt und besteht aus Psychologinnen und Psychologen, Politologinnen und Politologen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern.. Dies erlaubt es, den durch die Arbeit mit Opfern rechtsmotivierter Gewalt entstehenden Fragestellungen adäquat zu begegnen.

Alle Erfahrungen zeigen, dass es sich bei den Opfern rechter Gewalt in aller Regel um eine Klientel handelt, die nur über eingeschränkte Informationsmöglichkeiten verfügt und wenig mobil ist. Daher spielte das Ansprechen der Betroffenen und die aufsuchende Beratung eine wichtige Rolle. Ebenfalls bekannt ist, dass es für Opfer von Gewaltstraftaten von großer Bedeutung ist, in zeitlicher Nähe zu der erlebten Straftat ein Hilfsangebot zu bekommen. Aus diesem Grund ist das Team der Opferberaterinnen und -berater angewiesen, beim Erhalt von entsprechenden Meldungen, schnell zu reagieren.

Der Opferperspektive gelang es, im Jahr 2010 in 87 Fällen Geschädigten Beratungsangebote zu unterbreiten. Zu 193 Personen unterhielt das Team der Beraterinnen und Berater ein Beratungsverhältnis. Davon waren 151 Personen direkt von Angriffen betroffen; bei 42 Personen handelt es sich um Zeugen, Angehörige oder Freunde. Fast zwei Drittel der direkt betroffenen Klienten waren Personen, zum großen Teil - aber nicht ausschließlich - Jugendliche, die von den Tätern als linksgerichtet eingeschätzt oder aufgrund ihrer Erscheinung einem alternativen Milieu zugeordnet wurden. Die andere große Gruppe bilden Rassismuspfer. Im Vergleich zu den Vorjahren, in denen beide Gruppen etwa gleich groß waren, mussten im Jahr 2010 von der Opferperspektive weniger Klienten aus der Gruppe der Rassismuspfer betreut werden.

Neben der direkten Hilfe und Begleitung der Opfer von rechter Gewalt ist das Ziel der Opferperspektive, die Situation der jeweiligen Betroffenen und der potenziellen Opfergruppen im kommunalen Raum nachhaltig zu verbessern. Dabei kann sich die Opferperspektive auf ein breites Netzwerk von Kooperationspartnern aus Einzelpersonen, informellen Gruppen und Institutionen stützen.

Im Berichtszeitraum fanden verschiedene Formen lokaler Interventionen statt. Dabei versuchte das Team durch Maßnahmen, die mit anderen Akteuren abgestimmt wurden, die Verhältnisse in den Gemeinden auf verschiedenen Ebenen zu thematisieren, um so zu einer Verbesserung des sozialen Klimas beizutragen. Einen besonderen Stellenwert hatten im Berichtszeitraum Maßnahmen in Neuruppin, Brandenburg a. d. Havel, Cottbus und Spremberg.

Von Dezember 2008 bis Dezember 2010 stand der Opferperspektive durch die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent.für Demokratie“ und des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ein geleaster VW-Bus für ihre Arbeit zur Verfügung. Er diente als mobile Beratungseinheit



und kam in der Regel dann zum Einsatz, wenn es sinnvoll erschien, das Beratungsangebot der Opferperspektive offensiv in einer Kommune oder einem Landkreis zu präsentieren. Beispielsweise wurde der Bus mit seiner spezifischen Ausrüstung (Informationstafeln, Materialständer, Material) bei Festen, Kundgebungen und Veranstaltungen oder bei Spendensammelaktionen nach rechtsmotivierten Angriffen eingesetzt und konnte so zu einer verbesserten Sichtbarkeit der Opferperspektive und zur Herstellung von Kontakten zu Betroffenen und potenziell Betroffenen sinnvoll eingesetzt werden. Ebenso im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren von öffentlichem Interesse hat es sich als sinnvoll erwiesen, mit dem Bus die Präsenz der Opferperspektive wahrnehmbar zu machen. Hier konnte der Bus zudem für die Beratung am Rande des Prozesses eingesetzt werden – er bot einen geschützten Raum für Gespräche.

Neben der Beratung von Opfern rechter Gewalt werden weitere Projekte im Verein Opferperspektive durchgeführt. Diese Projekte funktionieren unabhängig vom Kern der Opferberatung, allerdings ergeben sich zwischen den einzelnen Bereichen hilfreiche Synergieeffekte.

Der Verein ist seit September 2009 Träger eines Beratungsprojekts für „Betroffene rassistischer Diskriminierung“, welches aus Mitteln der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie aus Eigenmitteln finanziert wird. Zurzeit arbeiten in diesem Bereich zwei Personen auf jeweils einer halben Stelle. Die Arbeitsbereiche Opferberatung und Antidiskriminierungsberatung unter dem Dach des Vereins arbeiten weitgehend autonom, bereichern sich aber durch zahlreiche Synergien. In der Opferberatung ist es äußerst hilfreich, in Fällen, in denen Klienten von Diskriminierungserfahrungen berichten, an die Kolleginnen und Kollegen mit der notwendigen Fachkompetenz vermitteln zu können. Das Zusammenwirken von Opferberatung und Antidiskriminierungsberatung unter einem Dach begünstigt den Aufbau vertrauensvoller Beratungsbeziehungen bei Klienten mit vielfältigen Problemlagen, dient der Effektivität der Opferberatung und erweitert zudem das Netz der Kooperationsbeziehungen im Land Brandenburg.

Als weiteres Projekt sind die inhaltliche Begleitung und der Vertrieb der Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“ zu nennen. Diese im Rahmen eines Kunstprojekts entwickelte Ausstellung ist im vergangenen Jahr in einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Forum Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung in dritter Auflage neu gestaltet worden und wird seit Januar 2011 wieder bundesweit ausgeliehen.

Außerdem unterhält der Verein ein aus Eigenmitteln finanziertes Projekt zur Öffentlichkeitsarbeit und zum Fundraising.

Im Berichtszeitraum wurde der Ratgeber „Was tun nach einem rechten Angriff“ in einer aktualisierten vierten Auflage publiziert. Das Heft wird von der Bundeszentrale sowie mehreren Landeszentralen für politische Bildung beworben und häufig nachgefragt. Darüber hinaus wurde ein spezieller Flyer für Betreiber von gastronomischen Einrichtungen entwickelt. Unter dem Titel „Schutz und Hilfe. Gegen Rassismus und Gewalt“ sind darin Tipps für Betreiber von Imbissen, Bistros und Restaurants zur Prävention bzw. zum Umgang im Fall eines rechten Angriffs auf ihren Betrieb aufgeführt. Neben den

Rundbriefen des Vereins „Schattenberichte“ wurde zum zwanzigsten Todestag von Amadeu Antonio eine 4-seitige Zeitungsbeilage in der Tageszeitung „Märkischen Oderzeitung“ in enger Kooperation mit lokalen Partnern herausgegeben. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 war der Angolaner von rechten Jugendlichen, die „Neger aufklatschen“ wollten, in Eberswalde zu Tode geprügelt worden. Der 28-Jährige starb zwölf Tage später an den Folgen des Angriffs. Die Herausgabe der Zeitung wurde durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung unterstützt.

Für den Berichtszeitraum kann festgestellt werden, dass die Opferperspektive mit ihrem Ansatz einer praktischen solidarischen Unterstützung für viele der Menschen, die zu Opfern rechts-motivierter Gewalttaten wurden, eine wirksame Hilfe anbieten konnte. So konnte Betroffenen in vielen Fällen dabei geholfen werden, aus der passiven Opferrolle herauszufinden und ihre aktive Handlungskompetenz wieder zu erlangen. Durch die Einbettung der Opferperspektive in ein Netz von Kooperationspartnern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bereichen kann die Opferperspektive für die Betroffenen Ressourcen aktivieren, zu denen die Opfer alleine keinen Zugang finden. In konflikthaften Beziehungsverläufen zwischen Opfern, lokalen Akteuren, Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden konnte die Opferperspektive die Beschwerdemacht ihrer Klienten stärken und in der Regel gleichzeitig lösungsorientiert wirken.

Der Ansatz der Opferperspektive beinhaltet, an der Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens mitzuwirken. Gesellschaftliche Prozesse, die präventive Wirkung entfalten und verhindern helfen, dass weitere Menschen zu Opfern rechts-motivierter Gewalttaten werden, sollen gestärkt werden. Ein zentrales Ziel dabei ist, über die Sensibilisierung für die Lage der Opfer in breiten Kreisen der Bevölkerung einen Lernprozess zu fördern, dass Rechtsextremismus ein Problem der gesamten Gesellschaft ist, das der Qualität des Gemeinwesens und der Lebensgestaltung aller Menschen erheblichen Schaden zufügt bzw. zufügen kann.

Zusammen mit vielen Anderen hat die Opferperspektive durch die langfristige Arbeit Anteil daran, dass rechte Gewalt in vielen Gemeinden und der Öffentlichkeit Brandenburgs kein Tabuthema mehr ist. Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeindevertreterinnen und -vertreter suchen statt der langen Zeit dominanten Bagatellisierungs- und Verdrängungsstrategie verstärkt die offene Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen.

### **III.6 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.**

Die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V. (BSJ) ist seit 2007 Mitglied im Beratungsnetzwerk. Der Landessportbund greift in vielen seiner Veranstaltungen die Ziele des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ auf. Darüber hinaus gibt es im Land Brandenburg viele Vereine, die sich für ein faires und tolerantes Miteinander engagieren. Ohne den ehrenamtlichen Einsatz vieler Trainingsleiter, Jugendwarte oder Vereinsvorsitzender wäre das nicht möglich. Ehrungen wie der Julius-Hirsch-Preis des Deutschen Fußball-Bundes dienen der Anerkennung dieser Vereine. Am 06.08. 2010 wurde den SV Sedlitz Blau-Weiß e.V. aus Senftenberg (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) mit dem Julius-Hirsch-Preis durch den Deutschen Fußball-Bund ausgezeichnet. Der

Sportverein Sedlitz engagiert sich seit Jahren für ein tolerantes Miteinander und leistet beispielhafte Integrationsarbeit.

Die Brandenburgische Sportjugend hat seit Beginn des Jahres 2010 das Projekt „Tage der Demokratie“ in enger Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ intensiv vorbereitet. Die „Tage der Demokratie“ waren ein Großprojekt, zu dem 400 Jugendliche aus ganz Brandenburg, teilweise auch aus benachbarten Bundesländern eingeladen wurden. Unter Einbindung von spielerisch-sportlichen Elementen hat die BSJ ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt. Hauptziel war es, den teilnehmenden Jugendlichen demokratische Grundwerte und Verhaltensweisen in Verbindung mit sportlichen Angeboten, Bildungsinhalten und einem kulturellem Rahmenprogramm zu vermitteln. Ministerpräsident Matthias Platzeck hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Für die „Tage der Demokratie“ wurde im Potsdamer Lustgarten eine Zeltstadt errichtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwarteten zu Beginn der Veranstaltung einen „Markt der Demokratie“, auf dem sie sich über verschiedene Institutionen und Projekte im Land Brandenburg informieren konnten.

Am 26. Juni 2010 fand eine Demokratie-Rallye statt. Die Jugendlichen haben je ein Ministerium, den Landtag und eine dritte Einrichtung wie z.B. die Gedenkstätte „Lindenstraße 54/55“ oder den Rat für Sorbische Angelegenheiten besucht. Die Staatskanzlei und alle Ministerien der Landesregierung haben die Demokratie-Rallye in Abstimmung mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern inhaltlich vorbereitet und ihre Häuser ausnahmslos für jenen Tag geöffnet. Die Mitglieder der Landesregierung haben die Jugendlichen in den Ministerien empfangen und mit Ihnen Gespräche geführt. Im Landtag standen mehrere Abgeordnete für die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Verfügung. Für die Jugendlichen war es ein besonderes Erlebnis, Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie Abgeordnete und Interessensgruppen persönlich kennenzulernen, Gehör zu finden und Fragen stellen zu können. Sie empfanden Demokratie nicht als etwas Abstraktes, sondern als etwas „Anfassbares“, das auch mit ihrem persönlichen Leben etwas zu tun hat.

Zum gemeinsamen Abschluss der „Tage der Demokratie“ am 27. Juni 2010 wurde den Jugendlichen ein parallel entstandener Film zum Projekt gezeigt.

Gemeinsam mit allen beteiligten Partnern und Betreuerinnen sowie Betreuern haben die Brandenburgische Sportjugend und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ eine kritische Auswertung der Veranstaltung vorgenommen. Sie haben die „Tage der Demokratie“ aus inhaltlicher Sicht positiv bewertet. Hervorzuheben sind die von den Jugendlichen während der Demokratie-Rallye gemachten Erlebnisse und Erfahrungen. Die sie betreuenden Pädagogen registrierten einen Prozess unter den Jugendlichen, der durch die persönliche und individuelle Wahrnehmung von politischen Entscheidungsträgern ausgelöst wurde. Aber auch das Empfinden der Teilnehmer, von Politikern als Individuen ernst genommen zu werden, hinterließ bleibenden Eindruck. Nicht zuletzt hat während der Rallye der Dreiklang der „Orte der Demokratie“ zu einem komplettierten Bild geführt.

Der wesentlichste Kritikpunkt der Veranstaltung betraf die zu geringe Teilnehmerzahl. Insgesamt wurden rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den „Tagen der Demokratie“ registriert. Kurzfristig, d.h. eine Woche bis unmittelbare Stunden vor der Veranstaltung, waren bedauerlicherweise große Jugendgruppen und somit Teilnehmerzahlen weggebrochen. Seit September 2009 waren großen Träger, Vereine und Partner informiert und hatten Teilnehmerkontingente zugesichert. Aufgrund von

Schwierigkeiten in der Kommunikation und Weitergabe von Informationen innerhalb der angesprochenen Institutionen waren letztendlich große Teilnehmerverluste zu vermeiden, die sich auf die Gesamtorganisation und zahlreiche Abläufe auswirkten.

Nach Einschätzung der Jugendgruppenbetreuerinnen und -betreuer ist es trotz geringerer Anmeldezahlen gelungen, demokratische Werte und Funktionsweisen auf authentische Weise zu transportieren und einen Transfer in die Regionen herzustellen. Darüber hinaus konnte ein Austauschprozess zwischen den Jugendlichen festgestellt werden, der ebenfalls Teil des Zielkatalogs der Veranstaltung war. Die pädagogische Auswertung ergab, dass an dem Ziel der Veranstaltung festgehalten werden sollte.

Weiter hervorzuheben ist die Finanzierung der „Tage der Demokratie“, die über die Hälfte von außen, d.h. durch eine Förderung des Bundes und zahlreiche Spenden ermöglicht wurde.

Finanziert wurden die „Tage der Demokratie“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, durch Sponsorings und Spenden von Vattenfall, von Rolls Royce Deutschland, Sachspenden des Technischen Hilfswerks und des Verkehrsbundes Berlin-Brandenburg und seiner Mitgliedsunternehmen sowie durch Förderungen der Staatskanzlei, der Landeszentrale für politische Bildung, des Landespräventionsrates und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Sie wurden außerdem tatkräftig von den Kooperationspartnern der Koordinierungsstelle unterstützt.

Seit dem 01. Dezember 2010 setzt die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. das Projekt „Tore für Demokratie“ um, das im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vom Bundesministerium des Innern gefördert wird. Das Hauptanliegen des Projekts ist die Vermittlung und Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen durch Straßenfußball, der mit seinem besonderen Regelwerk den Rahmen für Lerninhalte wie Konfliktmanagement, Zivilcourage, interkulturelles Lernen, Fairness und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bietet.

Ein weiteres Ziel des Projekts ist die Sensibilisierung, Aktivierung und Vernetzung der Sportorganisation zur Positionierung gegen fremdenfeindliches, antidemokratisches Verhalten und Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang sollen nachhaltige Strukturen zur Beratung und Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren innerhalb der Sportorganisation ausgebildet werden. Das Projekt arbeitet hierzu eng mit dem Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung sowie den Mobilien Beratungsteams zusammen, um eine profilierte und bedarfsorientierte Ausbildung eines solchen Beraterpools zu entwickeln.

#### **IV. Ministerien**

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein integriertes Programm, das alle Aktivitäten der Landesregierung konzeptionell zusammenführt. Für seine Umsetzung sind alle Ministerien verantwortlich. Zu diesem Zweck ist in jedem Ressort eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner auf Arbeitsebene benannt, die bzw. der die jeweiligen Aktivitäten begleitet. Regelmäßige Treffen und Berichte ermöglichen der Koordinierungsstelle, die schwerpunktmäßige Umsetzung des Leitbilds in den Ministerien zu unterstützen und zu konturieren. Die Präventionsbemühungen aller involvierten Ressorts haben dabei eine zentrale Bedeutung.

#### **IV.1 Integrationsbeauftragte der Landesregierung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF)**

Im Jahr 2002 hatte die Landesregierung ein Landesintegrationskonzept verabschiedet, das 2005 fortgeschrieben wurde.

Folgende Schwerpunktbereiche wurden dabei im Jahr 2010 verfolgt:

- Verbesserung der Datenlage zur Lebenssituation von Zugewanderten im Land Brandenburg
- Förderung und Durchführung von Projekten der RAA Brandenburg
- Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Willkommenskultur
- Arbeit für Chancengleichheit – gegen Diskriminierungen
- Arbeit des Landesintegrationsbeirates im Plenum und in aktuell 7 themenbezogenen Arbeitsgruppen
- Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Bildung und Arbeitsmarkt für Zugewanderte
- Förderung der Partizipation von Zugewanderten
- Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen

##### - Verbesserung der Datenlage durch Integrationsmonitoring

Um die Datenlage zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg zu verbessern, arbeitet die Integrationsbeauftragte in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe zur Erstellung des regelmäßig erscheinenden Integrationsmonitoringberichts der Länder mit. Sie publiziert regelmäßig Berichte mit den Eckdaten der Integration in Brandenburg. Sie unterstützt und fördert den Aufbau eines Integrationsmonitorings in den Kommunen.

##### - Förderung und Durchführung von Projekten

##### RAA Brandenburg

Die Integrationsbeauftragte fördert die Arbeit der RAA Brandenburg kontinuierlich. Die RAA Brandenburg beteiligt sich in Kooperation mit dem Büro der Integrationsbeauftragten an der Entwicklung und dem Aufbau eines Antidiskriminierungsnetzwerks in Brandenburg und an der Entwicklung neuer Ansätze im Bereich des interkulturellen Lernens. Ebenso unterstützt die RAA Schulen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit durch fortlaufende Angebote in der Fortbildung sowie durch Fachtagungen und Workshops. Die RAA Brandenburg ist Landeskoordinatorin der „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Im Jahr 2010 wurden in der Arbeit der RAA folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Förderung interkultureller Kompetenzen in Bildungsinstitutionen und im Bereich öffentlicher Verwaltung. Hier wurde besonders der Ansatz vorurteilsbewusster Bildung (Anti Bias Approach) für die Situation Brandenburg weiterentwickelt. Ein besonderes Augenmerk lag und liegt auf der Situation im ländlichen und kleinstädtischen Raum;
- Förderung von Chancengleichheit im Hinblick auf Zugewanderte , Aktivierung von Potenzialen der Migrantinnen und Migranten und Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit;
- Förderung demokratischer Kultur zur Abwehr rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Bestrebungen;
- Förderung der Partizipation von Zugewanderten.

Zu weiteren Maßnahmen und Tätigkeitsbereichen der RAA Brandenburg wird auf den Beitrag der RAA im Gesamtbericht verwiesen.

#### XENOS-Projekt „Vorteil Vielfalt – Zukunft für Brandenburg“

Im Rahmen dieser Projektdurchführung im Büro der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg werden zwei Hauptziele verfolgt:

- interkulturelle Öffnung von Wirtschaft und öffentlichem Dienst als Arbeitgeber und
- Förderung einer Diversity-Kultur zur Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Zugewanderten.

Das Projekt hat den Auftrag, Strategien zur Entwicklung von diskriminierungsfreien Unternehmenskulturen, wie z.B. das Diversity Management, in den KMU und der öffentlichen Verwaltung im Land Brandenburg bekannt zu machen. Um sich einen Überblick zu verschaffen, welche Bedarfe Unternehmen diesbezüglich überhaupt haben und ob es bereits positive Ansätze oder gar best-practice-Beispiele gibt, wurden im Jahr 2010 18 Interviews mit Unternehmensleitungen in 10 Landkreisen, 13 Orten und 6 Branchen durchgeführt. Die Ergebnisse fließen in die Umsetzung der Öffentlichkeits- und Fortbildungsangebote des Projekts ein.

#### Förderung der gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten durch Projektmaßnahmen

Die Integrationsbeauftragte unterstützt kommunale und regionale Netzwerke für Integration und von Akteuren der Integrationsarbeit. Sie setzt sich kontinuierlich für die Weiterentwicklung von Modellen und Ansätzen zur Förderung der Integration im Bereich von Kitas, Schulen sowie Jugend(sozial)-Arbeit ein und fördert Projekte in diesem Bereich. Die jährliche Landesintegrationskonferenz des Trägers FaZIT und der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes, trägt ebenfalls zur Information, Qualifizierung und Vernetzung aller in der Integrationsarbeit Aktiven bei. Über den Träger FaZIT fördert und unterstützt die Integrationsbeauftragte trägerübergreifende Fortbildungsangebote für Migrationsberaterinnen und -berater.

Auch der Bereich Integration durch Sport spielt eine besondere Rolle und wird von der Integrationsbeauftragten gefördert. Durch die gemeinsamen sportlichen Aktivitäten können Vorurteile abgebaut und Rassismus sowie Fremdenfeindlichkeit verringert werden. Das Projekt „Integration durch Sport“ der

„Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.“ ist im Jahr 2010 weiter aus Landesmitteln und Bundesmitteln gefördert worden. Die Integration von Zugewanderten, insbesondere Kindern und Jugendlichen, durch den örtlich organisierten Sport in die Gesellschaft ist nachweislich sehr erfolgreich und wird kontinuierlich weiter unterstützt. Neben den Integrationsmaßnahmen in unmittelbaren sportlichen Aktivitäten werden vom Landessportbund auch begleitende Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, so z.B. „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“ und „Straßenfußball für Toleranz“, durchgeführt.

#### - Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Willkommenskultur

Ein wichtiger Bestandteil der Integrationsbemühungen ist die Vermittlung von Kenntnissen über die Hintergründe von Migration im Land Brandenburg. Vorbehalte gegenüber Zugewanderten sind oft auch mangelndem Wissen geschuldet. Auch die Beschreibung der Menschen nicht deutscher Herkunft als Problemgruppe kann ablehnende und fremdenfeindliche Einstellungen aufbauen. Eine kontinuierliche Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit über die Zuwanderung im Land Brandenburg und ein ressourcenorientierter Integrationsdiskurs sollen hier einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und Ängsten gegenüber Migrantinnen und Migranten leisten. Zu dieser Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehören neben regelmäßigen Tagungen, Vorträgen und Veranstaltungen ebenfalls die Gestaltung der Website der Integrationsbeauftragten in sechs Sprachen und die Veröffentlichung von Broschüren und Informationsmaterialien. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Förderung von und Kooperation mit Veranstaltungen von Migrantenorganisationen.

Der Themenbereich „Interreligiöser Dialog“ nimmt einen besonderen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit ein. Gerade im Land Brandenburg ist oft nur geringes Wissen über die Weltreligionen vorhanden. Die Integrationsbeauftragte initiiert und unterstützt deshalb die verschiedensten Maßnahmen und Veranstaltungen zur Förderung des interreligiösen Dialogs.

#### Integrationspreis

Im Land Brandenburg engagieren sich viele Personen, Gruppen und Organisationen für die Integration zugewanderter Menschen. Um diesen wichtigen Beitrag für Vielfalt, Toleranz und Chancengleichheit auszuzeichnen, wird seit dem Jahr 2008 der Brandenburger Integrationspreis verliehen. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Die Preisverleihung im Jahr 2010 fand innerhalb des Friedensfestes der Kulturen in Fürstenwalde/Spree am 26.09.2010 statt. Die Preisträger waren: 1: die Studentische Initiative: Hausaufgaben und Nachhilfe für Kinder aus Flüchtlingsfamilien (3.000 Euro), 2: der Sportverein Sedlitz Blau Weiß 90 (2.000 Euro). Einen Ehrenpreis erhielt ein Projekt der 1. Oberschule Fürstenwalde und ALRE-JU (Alleinreisende Jugendliche).

## Einbürgerungsfest

Ein zentrales Einbürgerungsfest wird im Land Brandenburg seit 2007 veranstaltet, um ein Zeichen des Willkommens an alle Neubürgerinnen und Neubürger zu senden.

Das Fest fand am 13.06.2010 im Hans-Otto-Theater in Potsdam statt und wurde vom Landtag, dem Innenministerium, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und der Integrationsbeauftragten ausgerichtet. Insgesamt wurden im Jahr 2009 445 Menschen eingebürgert.

## - Arbeit für Chancengleichheit – gegen Diskriminierungen

Die Arbeit gegen Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, rassistischer Zuschreibungen oder der Religion stellt einen Schwerpunkt im Aufgabenfeld der Integrationsbeauftragten des Landes dar. Die Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg im Büro der Integrationsbeauftragten ist hervorgegangen aus der seit 1999 arbeitenden Antidiskriminierungsstelle Brandenburg.

Während sie in den ersten Jahren sowohl als Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene als auch in der präventiven Arbeit tätig war, verschob sich der Schwerpunkt darauf, als Aufklärungseinrichtung für eine umfassende Antidiskriminierungspolitik zu wirken, auch wenn Prävention und Intervention immer noch zu den Aufgaben gehören. Die Umbenennung im Sommer 2010 in Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg war die Konsequenz aus der stärkeren Fokussierung auf die Dekonstruktion von diskriminierenden Strukturen und dem Werben um gemeinsame Anstrengungen. Im 1. Quartal 2010 starteten die Vorbereitungen für ein Projektkonzept, das die Landesverwaltung als Anbieter von öffentlichen Dienstleistungen und als Arbeitgeber bei der Herstellung von Chancengleichheit unterstützen soll. Der Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg gelang es, das Projekt „Chancengleichheit) prüfen – Diversity Mainstreaming in Verwaltung“ in Trägerschaft der ADS (Antidiskriminierungsstelle des Bundes) mit der Laufzeit von November 2010 bis Dezember 2011 zu initiieren und als Projektpartner intensiv mitzugestalten.

Zur Bereitstellung von Beratungsarbeit – auch um die Inanspruchnahme des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sicherzustellen - wurde die Zusammenarbeit mit zwei Trägern intensiviert, die ab September 2009 Projekte zum Aufbau niederschwelliger Beratungsangebote für Betroffene von ethnischer, rassistischer und religiöser Diskriminierung entwickelten.

Das beginnende Netzwerk der Anlaufstellen bei Rassismus nach dem AGG bietet als Fachzirkel die Möglichkeit zum fachlichen Austausch, zur Klärung von Rollen in der Kooperation, zur Definition von Qualitätsstandards sowie die Identifizierung von Fortbildungsbedarf. Der Fachzirkel soll langfristig ausgebaut werden, dazu sind vorbereitende Gespräche mit relevanten Organisationen geführt worden.

## Landesintegrationsbeirat

Der Landesintegrationsbeirat besteht seit März 2002 und ist ein beratendes Gremium der Landesregierung, das die an der Integration Beteiligten auf Landesebene vernetzt und koordinierend tätig ist. Im Jahr 2010 fanden insgesamt 2 Sitzungen statt. Auf Anregung des Landesintegrationsbeirates entstand eine Arbeitsgruppe zur Problematik des Begriffes „Rasse“ in brandenburgischen Gesetzestexten.



### - Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Bildung und Arbeitsmarkt für Zugewanderte, Förderung von Integration in Arbeit und Erwerbsleben

Für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ist eine Integration in Arbeit und Erwerbstätigkeit von besonderer Bedeutung. Gerade im Land Brandenburg verfügen viele Zugewanderte über hohe berufliche Abschlüsse aus dem Ausland. Die Integrationsbeauftragte setzt sich deswegen intensiv für eine Verbesserung der Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungsabschlüsse ein, initiiert Anpassungsqualifizierungen und fördert das selbstständige Unternehmertum von Migrantinnen und Migranten. So förderte die Integrationsbeauftragte z.B. in 2010 den 1. Fachtag der vietnamesischen Unternehmerinnen und Unternehmer in Brandenburg.

### Modellprojekt zur Qualifizierung zugewanderter Geisteswissenschaftler/-innen und Lehrer/-innen zur Fachkraft für Sozialarbeit

Auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt werden aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels immer mehr Fachkräfte auch im sozialen und pädagogischen Bereich gesucht. Insbesondere auch die soziale Arbeit mit Schwerpunkt Migration zeigt einen hohen Fachkräftebedarf auf. Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg hat eine maßgeschneiderte Weiterbildung für zugewanderte geisteswissenschaftliche Akademiker/-innen mit dem Weiterbildungsziel Fachkraft für Sozialarbeit initiiert. In Kooperation mit der Otto-Benecke-Stiftung und der Fachhochschule Potsdam wird diese Maßnahme durchgeführt. Die Maßnahme wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gefördert.

### Anpassungsqualifizierung für zugewanderte Pflegekräfte

Im November 2010 begann für Krankenpflegekräfte mit ausländischen Berufsabschlüssen eine Anpassungsqualifizierungsmaßnahme mit dem Berufsziel Gesundheits- und Krankenpflegerin. Das Europäische Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft (EBG), als Träger der Maßnahme, arbeitet eng mit dem Klinikum Ernst-von-Bergmann und seiner Gesundheitsfachschule zusammen.

### Wegweiser zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen

In Brandenburg haben viele Zugewanderte qualifizierte, im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse; z.B. verfügen 75 Prozent der jüdischen Kontingentflüchtlinge über einen Universitäts- oder Hochschulabschluss, über die Hälfte der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler besitzen Fachschul- oder Technikumsabschlüsse. Sie sind also ausgebildete Fachkräfte, die dem Land Brandenburg zur Verfügung stehen sollten. Im Zusammenhang mit der neuen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 hofft das Land Brandenburg zudem auf zugewanderte Fachkräfte für seinen Arbeitsmarkt. Der Wegweiser zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse soll die Integration in den qualifizierten Arbeitsmarkt verbessern.

### Förderung der Aus- und Weiterbildung (Abteilung Arbeit des MASF)

Die Richtlinien zur Aus- und Weiterbildung werden zurzeit gebündelt und weiterentwickelt. Die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen wird in beiden Richtlinien förderfähig sein. Zu den Schlüsselkompetenzen im Sinne der Richtlinien gehören Kompetenzen unter der Überschrift „Demokratiebildung und Toleranz“. Für den Bereich der Ausbildung ist in der neuen Ausbildungsförderung „Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ vorgesehen, Schlüsselkompetenzen insbesondere zu den Schwerpunkten „Interkulturalität und Toleranz“ im Rahmen der Verbundausbildung zu fördern.

### - Förderung der Partizipation von Zugewanderten

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit der Integrationsbeauftragten ist die Förderung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Die Migrantinnen und Migranten engagieren sich in Vereinen, in Ausländerbeiräten, in Migranteninitiativen und üben Solidarität und bearbeiten soziale Probleme. Sie bauen Brücken zwischen den Migranten und den Institutionen der Aufnahmegesellschaft.

- Durch regelmäßige Migrantentreffen wird die Vernetzung der Migrantenselbstorganisationen gestärkt und die Partizipation gefördert.
- Der in 2009 gegründete Dachverband von Migrantenorganisationen „Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e.V. (MIR)“ unterstützt die Brandenburger Migrantenorganisationen durch Vernetzung und Qualifizierung und vertritt die Interessen der Migrantinnen und Migranten auf Landesebene. Die Integrationsbeauftragte kooperiert eng mit dem Verein und fördert seine Arbeit.
- Durch die Förderung von Mikroprojekten und durch die anlassbezogene Förderung besonderer Aktionen wird die Arbeit gerade der kleineren Migrantenorganisationen gestärkt. Sie können sich dadurch besser ihrem fast ausschließlich ehrenamtlichen Engagement in den Kommunen widmen. Dabei bezieht sich die Arbeit der Vereine auf den Bereich der Kultur, der Bildung, des Sports genauso wie auch auf die zivilgesellschaftliche Selbstvertretung von Migrantinnen und Migranten.
- Unter der Trägerschaft der RAA und in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg setzte das im Oktober 2008 begonnene Projekt Empowerment und Partizipationsförderung für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern (EmPa) auch im Jahr 2010 seine Arbeit fort. Es setzte an der Förderung der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation von Drittstaatenangehörigen in den neuen Bundesländern an.
- Dieses Ziel soll u.a. durch Qualifikations- und Empowermentmaßnahmen für Migrantenselbstorganisationen sowie durch Schulungen zu bestimmten Themengebieten erreicht werden. Weiterhin wird ebenfalls eine Qualifizierung und Sensibilisierung von Akteuren der Integrationsarbeit und der Aufnahmegesellschaft erreicht. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, dass die Vernetzung und der Austausch zwischen verschiedenen Organisationen gefördert werden sollen. Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg gefördert. Die Integrationsbeauftragte arbeitet eng mit dem Projekt zusammen und fördert seine Arbeit.

### - Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen

Im Kontext der Förderung eines Toleranten Brandenburgs ist die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge von großer Bedeutung. Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg bemüht sich, durch verschiedene Maßnahmen und in Kooperation mit verschiedenen in der Flüchtlingsarbeit Aktiven die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Sie berät, begleitet und unterstützt freie Träger sowie Initiativen und fördert Projekte und Maßnahmen in der Flüchtlingsarbeit. In besonderen schwierigen Fällen erhalten Flüchtlinge Beratung und Unterstützung im Büro der Integrationsbeauftragten.

Im Berichtszeitraum hat die Integrationsbeauftragte die Aufnahme der irakischen Flüchtlinge im Land Brandenburg begleitet und unterstützt. Das Land Brandenburg hat insgesamt 79 irakische Flüchtlinge aufgenommen.

Folgende Maßnahmen wurden durch die Integrationsbeauftragte in der Flüchtlingsarbeit unterstützt und gefördert:

- trägerübergreifende Fortbildungsangebote für Migrationsberaterinnen und -berater durch den Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT): Die Fortbildungsangebote dienen der Optimierung der Arbeit der Betreuungs- und Beratungsstellen.
- Die von der Integrationsbeauftragten unterstützte mobile überregionale Fachberatungs- und Servicestelle zur Verbesserung der psychosozialen Situation von Flüchtlingen und zur Förderung des chancengleichen Zugangs zu medizinischer Versorgung (MOFA) beim Träger:
- „Integration und soziale Arbeit e.V.“ leistet einen landesweiten Beitrag zur Verbesserung der Zugänge zu medizinischer Versorgung von Flüchtlingen durch regelmäßige aufsuchende Beratungen in den Gemeinschaftsunterkünften.  
Auch muttersprachliche Informationsveranstaltungen zu Fragen der Vorsorge und den Leistungen des Gesundheitswesens wurden in den Gemeinschaftsunterkünften für Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte durchgeführt.
- Unterstützung der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler:  
Für Flüchtlinge stellt die Sprachbarriere ein Hindernis beim Zugang zu medizinischer Versorgung dar. Die Integrationsbeauftragte unterstützt einen Dolmetscherpool in mehr als 30 Sprachen. Ziel des Dolmetscherpools unter Trägerschaft von FaZIT ist es, Migrantinnen und Migranten, darunter auch Flüchtlinge, mit Sprachschwierigkeiten den Zugang zur gesundheitlichen Betreuung zu erleichtern und das Fachpersonal des Gesundheitswesens bei ihrer Beratung zu unterstützen.
- Errichtung einer ambulanten Diagnose- und Behandlungsstelle für traumatisierte, psychisch kranke Flüchtlinge in Fürstenwalde:  
Um die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen zu verbessern, wurde im Jahr 2009 eine ambulante Behandlungsstelle für traumatisierte und kranke Flüchtlinge unter der Trägerschaft des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste in Fürstenwalde eingerichtet. Ziel der Behandlungsstelle ist es, neben Diagnostik und Vermittlung von Behandlungsmöglichkeiten für traumatisierte Flüchtlinge die fachliche Entwicklung und Vernetzung der Regelversorgung im Bereich der psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen zu fördern. Das Projekt wird aus Mitteln

des europäischen Flüchtlingsfonds und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gefördert.

#### **IV.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**

Gedenkstättenpädagogische Arbeit ist Demokratiebildung. In der Auseinandersetzung mit der Geschichte der jeweiligen Gedenkorte werden junge Menschen mit grundsätzlichen historisch-politischen Wertfragen konfrontiert:

- Was bedeutet Diktatur für den einzelnen Menschen?
- Was kann Diktatur mit dem Einzelnen machen?
- Was bedeuten Recht und Unrecht, Gut und Böse in der Diktatur?
- Was ist der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie?
- Wie verletzlich sind Demokratie und Menschenrechte?

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gedenkorte führt zu diesen Fragen und hilft jungen Menschen, Werteorientierungen zu finden, die ihnen im Weiteren auch helfen, falsche Ideologien zu erkennen, ihnen zu widerstehen und für Demokratie einzutreten.

Im Rahmen der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus wird der gedenkstättenpädagogischen Arbeit daher ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt.

Im vergangenen Kalenderjahr (der Einsatz der GedenkstättenpädagogInnen erfolgt nach Schuljahren) waren im Schnitt 12 Gedenkstättenlehrerinnen und Gedenkstättenlehrer in einem Umfang von 150 LWS an rund 20 verschiedenen Gedenkorten im Land Brandenburg gedenkstättenpädagogisch tätig.

Zu den Gedenkstätten und Gedenkorten der NS-Zeit, der NKWD und der DDR-Zeit zählen bekanntermaßen

- Museum und Gedenkstätte Sachsenhausen,
- Ravensbrück,
- Potsdam, Lindenstraße 54,
- Hinrichtungsstätte Brandenburg Görden,
- ehemalige JVA Cottbus,
- Gedenkstätte auf den Seelower Höhen.

Es gibt auch weniger bekannte Orte, die man mit Blick auf ihre geschichtliche „Kontamination“ und den damit verbundenen Anspruch auf Aufarbeitung, Gedenken und Demokratiebildung ebenfalls nicht aus den Augen verlieren darf, z.B. die NKWD-Speziallager

- Mühlberg a. d. Elbe,
- Sachsenhausen oder
- Fürstenwalde-Ketschendorf.

Aber auch Hachschara-Gedenkorte (z.B. Neuendorf im Sande) und jüdische Friedhöfe sind Orte an denen gedenkstättenpädagogisch gearbeitet wurde.

Eine genauere Übersicht über Gedenkorte, zu denen gedenkpädagogische Angebote bestehen, ist auf dem Bildungsserver zu finden. Dort finden sich außerdem Informationen zu Kooperationen mit Gedenkstätten in Berlin, anderen Bundesländern sowie Polen und Tschechien.

Die abgeordneten Gedenkstättenlehrkräfte erarbeiten Projektmaterialien, sie führen fachübergreifend schulstufen- und binnendifferenzierte Projekte mit vielfältigen didaktischen Methoden durch und bereiten diese nach bzw. dokumentieren sie. Schulen werden bei der Vorbereitung und Durchführung von öffentlichen Präsentationen zu gedenkstättenpädagogischen Themen unterstützt, Zeitzeugen werden vermittelt, begleitet und betreut, Gedenkstättenfahrten für Kollegen werden geplant und durchgeführt. Die Gedenkstättenlehrer organisieren schulinterne und überregionale Fortbildungen.

Die im Museum und der Gedenkstätte Sachsenhausen eingesetzten Gedenkstättenlehrkräfte haben im Schuljahr 2009/2010 rd. 3800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Schülerprojekten und Lehrerfortbildungen betreut.

In der Lindenstraße 54 in Potsdam waren es im selben Zeitraum 3554 Teilnehmende in Schülerprojekten und Lehrerfortbildungen, die von der dort tätigen Gedenkstättenlehrerin betreut worden sind. Hier wurden zudem 169 Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Inhaftierten geführt, bzw. vermittelt.

Die Arbeit mit Zeitzeugen der NS bzw. der DDR-Zeit erfolgt in Kooperation mit der RAA Brandenburg und seit diesem Jahr mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), Ulrike Poppe.

Gemeinsam mit der LAKD sind im vergangenen Jahr in zwei Schulamtsbezirken Veranstaltungen mit Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt worden. Die Veranstaltungen sollen auch in diesem Jahr in weiteren Schulamtsbezirken für Lehrkräfte angeboten werden. Thema der Veranstaltungen war die Behandlung der DDR-Geschichte in der Schule auch vor dem Hintergrund eigener DDR- Erfahrungen der Lehrkräfte.

#### HANDS for Kids und HANDS across the Campus

Im vergangenen Jahr sind die beiden Programme HANDS for Kids und HANDS across the Campus in die Endredaktion gegangen, bzw. veröffentlicht worden. Es handelt sich um Grundwerte- und Demokratie-Curricula für die Primarstufe und die weiterführenden Schulen.

Die Curricula dienen der Förderung sozialer Kompetenzen sowie ethischer und demokratischer Einstellungen. Sie fördern die individuelle Werte- und Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen sowie Schüler und leiten Schulen an, ihr Profil und ihre demokratische Schulkultur zu stärken.

Die Programme sind in Kooperation mit dem American Jewish Committee, Berlin, entwickelt worden und führen die Grundideen des BLK-Modellversuchs „Demokratie Leben und Lernen“ konsequent und mit modernen didaktisch-methodischen Ansätzen fort.

Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus liegt in der aktiv gelebten Demokratie. Wie das in der Schule geht, zeigen diese beiden Programme.

Im vergangenen Jahr sind die Programme in verschiedenen Schulen und Schulformen in Berlin und Brandenburg erprobt worden. In diesem Jahr werden die Programme implementiert – verbunden mit der Hoffnung, dass sie von vielen Schulen gut angenommen werden.

### **IV.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgte in Veranstaltungen der Landeszentrale und in geförderten Projekten der freien Träger der politischen Bildung im Land Brandenburg. Das Buchangebot der Landeszentrale enthält aktuelle Titel zu Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, darunter zu Rechtsextremismus im Internet.

Die Landeszentrale betrieb 2010 weiterhin – und hier liegt der Schwerpunkt der Arbeit – das Themenportal „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ auf ihrer Webseite.

Dieses Themenportal stützt Aktive und Interessierte mit Informationen über Organisationsformen, Ideologie und Denkweisen der Rechtsextremen, Lifestyle und Musikwelten aus. Unter der Rubrik „Dagegen“ befinden sich Beiträge zum Argumentationstraining und zu Handlungsmöglichkeiten.

Die Webseite enthält darüber hinaus einen „Weblog - Die extreme Rechte“. Hier findet man Informationen zu aktuellem Geschehen, aber auch scheinbar Randseitiges wird angesprochen. Es wird kontinuierlich über Initiativen gegen Rechtsextremismus in Brandenburg berichtet. Darüber hinaus bietet sich dem Nutzer die Möglichkeit, unmittelbar zu den Texten Stellung zu nehmen.

Die Weiterführung der Website in diesem Sinne ist unverzichtbar, weil es nur wenige vergleichbare Informationsangebote im Internet gibt. Zwar findet man im Netz zahlreiche Websites, die sich mit dem Thema „Rechtsextremismus“ beschäftigen. Der Fokus liegt jedoch oftmals auf der Berichterstattung über tagesaktuelle Ereignisse. Das zur Einordnung tagesaktueller Meldungen erforderliche Hintergrundwissen (Geschichte, Ideologie, Strukturen, Strategien des Rechtsextremismus u. Ä.) wird dagegen kaum vermittelt.

Insgesamt gesehen, hat sich das Informationsangebot zum Thema Rechtsextremismus im Internet in jüngerer Zeit deutlich verschlechtert, umso notwendiger ist das Portal der Landeszentrale.

In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Band „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ wird die Website der Brandenburgischen Landeszentrale mit folgenden Worten empfohlen: „Die einzelnen Bereiche sind inhaltlich und grafisch hervorragend aufbereitet. ... Im Ranking der Landeszentralen nimmt dieses Portal zum Thema Rechtsextremismus die Spitzenstellung ein!“

Das Themenportal „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ und der Weblog „Die extreme Rechte“ werden weiter geführt. Das relativ breite inhaltliche Spektrum wird beibehalten. Wie bisher wird nicht nur auf den „rechten Rand“ eingegangen, sondern auch auf Vorurteile und rechtsextreme Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft.

Geplante Themen für das Jahr 2011 sind: Diskussion um den Extremismusbegriff, Auseinandersetzung mit dem Begriff „Antifaschismus“, linker Antisemitismus, Islamkritik – Islamophobie und Rechtsextreme im Umweltschutz.

#### **IV.4 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Die Aktivitäten des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft innerhalb des Handlungskonzepts der Landesregierung bezogen sich auf die Politik der klaren Signale und auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Im Handlungskonzept heißt es „Demokratie, wird vor Ort, in den Städten und Gemeinden Brandenburgs gelebt. Hier in den Quartieren, im unmittelbaren Lebensumfeld erfahren die Menschen des Landes, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird.“

Dementsprechend ist das MIL mit den Strategien der sozialen Stadtentwicklung zur Stärkung des sozialen Zusammenhangs tätig gewesen.

Im Rahmen von Programmen der Stadtentwicklung, vor allem in den Programmen „Soziale Stadt“, der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung innerhalb des EFRE und im Rahmen des Wettbewerbs „Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Brandenburgs Städten – Lebensräume gemeinsam gestalten“ wurden nicht nur umfangreiche Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohner durchgeführt, sondern auch zahlreiche Projekte gefördert, die unmittelbar gewaltvermeidenden Charakter hatten.

So wurde und wird die soziale Infrastruktur durch die Errichtung und Instandsetzung Soziokultureller Zentren und Bürgertreffs gestärkt, ebenso durch den Ausbau von Ansätzen eines „Quartiersmanagements“ in den Städten und Gemeinden, was wiederum vor allem zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen beitrug. Projekte wie Bürgerhäuser und Jugendzentren schaffen mit ihren vielfältigen Angeboten gute Voraussetzungen für das eigene Engagement und gelebte Toleranz. Als Beispiele in 2010 seien genannt, die investive Förderung des Jugend- und Freizeittreffs TolOra (Tolerantes Oranienburg) innerhalb des EFRE mit 252.000 Euro oder die Sprachförderung innerhalb der Sozialen Stadt etwa im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde oder in Cottbus im Stadtteil Neu-Schmellwitz. Maßnahmen zur Eingliederung von Migranten und Aussiedlern wurden in Neuruppin ebenso gefördert wie im Stadtteil Hohenstücken in Brandenburg an der Havel.

Von den 12 Projekten, die 2009 im Rahmen des Wettbewerbs „Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Brandenburgs Städten – Lebensräume gemeinsam gestalten“ ausgewählt wurden, seien das Projekt „Heimat-Familie“ aus Frankfurt (Oder), das Kooperationsprojekt Integration durch Vielfalt in Fürstenwalde-Mitte und die Stadtteilmediation in Königs Wusterhausen erwähnt. Es wurden hier Projekte entwickelt, die die soziale Teilhabe von Menschen aller Altersgruppen und Herkunft in den Quartieren verbessern und zur Verhinderung der Ausgrenzung von arbeitslosen Menschen beitragen. Viele Aktivitäten liegen im präventiven Bereich, indem Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft zu mehr Verständnis und zum besseren Umgang miteinander befähigt werden. Im Handlungsraum Stadtteil beugen gemeinsame Vorhaben der Fremdenfeindlichkeit vor. Dabei geht es ausdrücklich auch um die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Einige Projekte verfolgen den

Austausch der Akteure zu Methoden der Arbeit im interkulturellen Rahmen und die bessere Vernetzung miteinander.

Seit 1. März läuft der zweite Wettbewerbsaufruf, die Projekte werden Ende Juni wiederum durch eine Jury unter Einbeziehen der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und der Integrationsbeauftragten ausgewählt. Die Förderung erfolgt im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung aus dem ESF mit über 1,5 Millionen Euro.

#### **IV.5 Ministerium des Innern**

##### Bekämpfung politisch rechtsmotivierter Straftaten

Extremistische Gefahren für das Gemeinwesen im Land Brandenburg gehen nach wie vor vorrangig vom Rechtsextremismus aus. Politisch rechtsmotivierte Straftaten sind im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel zurückgegangen.

Registriert wurden 1.141 Fälle (2009 = 1.422 Fälle). Bezüglich rechtsmotivierter Gewaltstraftaten ist festzustellen, dass der seit nunmehr einigen Jahren anhaltende rückläufige Trend sich im Jahr 2010 verstetigt hat. Registriert wurden 66 Fälle (2009 = 69 Fälle). Das ist der niedrigste Stand seit Einführung des veränderten Definitionssystems zur politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2001.

Trotz dieser sehr erfreulichen aktuellen Entwicklung gehört Brandenburg nach wie vor zu den stärker belasteten Bundesländern im Bereich „politisch motivierte Kriminalität – rechts“.

Für alle Demokratinnen und Demokraten gibt es weiterhin viel zu tun, um die Bekämpfung des Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen weiter voranzubringen. Die Zurückdrängung von Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, bleibt eine herausragende Aufgabe von Politik, Staat und Zivilgesellschaft im Land Brandenburg.

Die Polizei wird den Aufklärungs- und Verfolgungsdruck gegenüber den extremistischen Szenen weiter hochhalten und damit weiterhin einen wesentlichen Beitrag im Verbund der gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen leisten. Grundlage polizeilichen Handelns ist das im Jahr 2009 fortgeschriebene Handlungskonzept zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität.

##### Förderung des Forschungsprojekts „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)“

Extremistische Phänomene haben oftmals kommunale Bezüge. Zur weiteren Stärkung der Wahrnehmung kommunaler Verantwortung bei der Auseinandersetzung mit verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat das Innenressort das Institut für angewandte Familien,- Kindheits- und Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK) mit dem Forschungsprojekt EKSE beauftragt. Das Projekt wurde am 13.05.2009 begonnen und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2011.



Die Analyse und Weiterentwicklung kommunaler Strategien zur Früherkennung von Polarisierungs- und Radikalisierungsprozessen und zum Umgang mit extremistischen Phänomenen sowie die Beschreibung von Merkmalen und Wirkungen erfolgreicher kommunaler Interventions-/Präventionsmöglichkeiten sind tragende Eckpunkte von EKSE. Auf der Grundlage kommunaler Analysen in ausgewählten Projektkommunen werden diese Forschungsschwerpunkte einer eingehenden Betrachtung unterzogen und dabei kommunale Erfahrungen sowie Expertenwissen von Fachleuten der Extremismusbekämpfung einbezogen.

In das Forschungsprojekt wurde ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit integriert, um frühzeitig erzielte Forschungsergebnisse mit landesweiten und kommunalen Akteuren der Extremismusbekämpfung zu kommunizieren. Ein wesentlicher Bestandteil war die Fachtagung „Extremismus im Wandel? - Kommunale Entwicklungen und Herausforderungen in Brandenburg“ am 06.04.2011 an der Universität Potsdam. Die Fachtagung verknüpfte die Darstellung wissenschaftlicher Ergebnisse aus dem Projekt EKSE mit fachlichen Einschätzungen von Vertretern der Sicherheitsbehörden und praktischen Erfahrungen aus den Kommunen und war damit ein wertvoller Beitrag für die unmittelbare Zusammenarbeit von Forschung und Praxis.

#### „Informationsblatt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus“ des Landeskriminalamtes Brandenburg

Das Landeskriminalamt Brandenburg hat im Jahr 2010 die Überarbeitung seiner Broschüre „Informationsblatt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus“ (9. Auflage, Stand: Juni 2010) abgeschlossen und in den Druck gegeben.

Die Verteilung der Broschüre erfolgte an die brandenburgischen Polizeibehörden/-einrichtungen sowie nach Anforderung an sonstige Bedarfsträger (z. B. Kommunale Institutionen, Schulen, Gerichte etc.).

#### Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg unter Vorsitz des Brandenburger Innenministers unterstützt seit Jahren Präventionsprojekte von Vereinen, Organisationen und Schulen, die auf die Entwicklung und Förderung von Zivilcourage, Demokratie und Toleranz abzielen. Besonders hervorzuheben sind im Jahr 2010 Aktivitäten wie die Mitgestaltung der „Tage der Demokratie“ sowie der „Crossover-Ball Bandcontest 2010“.

Die „Tage der Demokratie“ sollten den teilnehmenden Jugendlichen demokratische Grundwerte und Prinzipien vermitteln, verschiedene Perspektiven innerhalb von politischen Entscheidungsprozessen verdeutlichen und Demokratie für die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Land Brandenburg sowie aus weiteren Bundesländern „anfassbar“ machen. Der Landespräventionsrat organisierte einen Workshop zum Thema „Demokratie sichern – Polizistin/Polizist, ein Beruf für mich?“, der durch Herrn Polizeipräsident Kann (Polizeipräsidium Potsdam), Polizistinnen und Polizisten der Landeseinsatzeinheit der Polizei, der Fachhochschule der Polizei sowie aus dem Wach- und Wechseldienst einer Polizeiwache in Potsdam gestaltet wurde. Sie sprachen über ihre persönliche Motivation hinsichtlich ihrer Berufswahl und stellten die ganz alltäglichen, aber auch besonderen Herausforderun-

gen, die mit dem Polizeiberuf einhergehen, dar. Durch breit gefächerte Fragestellungen zeigten die anwesenden Jugendlichen ihr deutliches Interesse am Workshop.

Der Landespräventionsrat unterstützte das Projekt „Crossover-Ball Bandcontest 2010“ der Kreuzberger Musikalische Aktion e.V. (KMA). Bei diesem Projekt handelte es sich um den Nachfolger des Soundwahl-Projekts „Musik für Demokratie im Wahljahr 2009“, das von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gefördert wurde. Mit dem neuen Projekt wollte die KMA im FIFA-WM-Jahr Jugendlichen deutscher und ausländischer Herkunft die Möglichkeit geben, gegenseitige Vorurteile abzubauen und gemeinsam einen Crossover-CD-Sampler zu produzieren, der alle Musik- und Stilrichtungen vereint. Die jungen Leute waren aufgerufen, unter dem Motto „Euer Song für Fairness und Toleranz“ Songs zu schreiben und diese bei der KMA einzureichen. Parallel dazu fanden vier Bandcontests in Eisenhüttenstadt, Boberow bei Perleberg, Senftenberg und Neuruppin statt. Somit wurde auch jungen Menschen in ländlicheren Regionen die Chance gegeben, sich an den kreativen Wettbewerben zu beteiligen. Gewalt, sportliche Fairness und Fremdenfeindlichkeit waren die Themen, mit denen sich junge Künstlerinnen und Künstler und Nachwuchsbands im Fußball-WM-Jahr 2010 auseinandergesetzt und Texte und Melodien dazu entworfen haben. Eine Jury wählte die besten Songs aus, die dann im Tonstudio aufgenommen worden sind. Die Stilrichtungen von Rap bis Jazz, die der CD-Sampler „Kicks'n Tracks“ - Musik für Fairness und Toleranz – vereint, sprechen ein breites Publikum an und lassen nur erahnen, mit wie viel Spaß und Engagement die jungen Künstler gearbeitet haben. Auf der Record Release Party im Januar 2011 sind die besten Bands ausgezeichnet worden.

Im Rahmen des neuen Bundesprogramms des Bundesinnenministeriums „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wird der Landespräventionsrat gemeinsam mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in den kommenden zwei Jahren die Stadt Königs Wusterhausen (seit 2010 Kooperationspartner der Koordinierungsstelle) bei ihrem Projekt „KomPakt – Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft“ unterstützen. Ziel soll hierbei die engere Kommunikation und Kooperation zwischen Vertretern der Polizei, zivilgesellschaftlicher Initiativen, der Trägerlandschaft und Institutionen der Verwaltung sowie ggf. der regionalen Wirtschaft sein. Diese bezieht sich u. a. auf die Entwicklung abgestimmter Kooperationen im Bereich der Prävention an Stellen, an denen insbesondere junge Menschen erste Kontakte zu aktiven regionalen undemokratischen bzw. rechtsextremen Strukturen haben.

### Verfassungsschutz Brandenburg

Viele Verfassungsschutz-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreiben aktiv „Verfassungsschutz durch Aufklärung“. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informieren sie über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Diese der Prävention und Aufklärung dienende Informationsarbeit ist für einen modernen Nachrichtendienst unverzichtbar, um die gesammelten Erkenntnisse zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wirksam werden zu lassen.

Die Öffentlichkeit, auf die das Informationsangebot des Verfassungsschutzes zielt, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft: Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Krankenpflegerinnen

und -pfleger, Soldatinnen und Soldaten, Feuerwehrangehörige, Lehrkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jugendeinrichtungen, politische Gremien auf Landes- und Kommunalebene, Polizistinnen und Polizisten, Zivildienstleistende, Richterinnen und Richter, Sportlerinnen und Sportler, Geistliche, Unternehmerinnen sowie Unternehmer und andere ließen sich im vergangenen Jahr von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes über Rechts- und Linksextremismus, islamistischen Extremismus oder Wirtschaftsschutz informieren. Im Jahr 2010 bot der Verfassungsschutz 142 Vorträge an. Daran nahmen rund 6020 interessierte Bürgerinnen und Bürger teil.

Um anschaulich zu machen, was die freiheitliche demokratische Grundordnung für jeden Einzelnen bedeutet, hat das Referat „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ verschiedene Konzepte entwickelt und Netzwerke mit unterschiedlichen Kooperationspartnern geschaffen.

Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine strategische Kooperation. Hierbei handelt es sich um die Schulung von Jugendwarten an der Feuerweherschule in Eisenhüttenstadt (LOS). Diese Kooperation ist inzwischen fester Bestandteil im dortigen Weiterbildungsprogramm. 2010 haben rund 230 Feuerwehrleute in zwölf Veranstaltungen daran teilgenommen. Seit 2008 besteht eine Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Sportjugend. 2010 wurden vier entsprechende Veranstaltungen mit rund 70 Teilnehmern gezählt.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, „demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule und der „Brandenburgischen Kommunalakademie“.

Gemeinsam wurden im Sommer 2008, im Frühjahr 2009, im Sommer 2009 und im Frühjahr 2010 an der Polizeifachhochschule in Oranienburg (OHV) an insgesamt 19 Tagen Seminare angeboten. Daran haben rund 700 Personen von Polizei und Kommunalbehörden teilgenommen. Zielsetzungen waren jeweils der Umgang mit extremistischen Aktivitäten aus polizeilicher wie ordnungsrechtlicher Sicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen und der Umgang mit extremistischen Mandatsträgern in kommunalen Vertretungen sowie deren Anfrageverhalten. Als Referenten traten Fachleute aus der Wissenschaft, der Polizei, von „demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, den Landkreisen und vom Verfassungsschutz auf. Dass sich so viele Partner gemeinsam und strategisch auf aktuelle Anlässe einstellen, hat im Land Brandenburg einen besonderen Stellenwert. Die Kooperation wird in 2011 mit zwei weiteren Fortbildungsreihen fortgesetzt. Geplant sind insgesamt neun Veranstaltungstage.

Im Zusammenwirken von Verfassungsschutz, brandenburgischem „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ sowie dem für Verkehr zuständigen Landesministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft wurden ab Ende 2009 bestimmte Kfz-Kennzeichenkombinationen gesperrt, weil sie besonders bei Rechtsextremisten nachgefragt sind. Im Jahre 2010 wurden hierzu sechs Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter und Leiter von Kfz-Zulassungsstellen angeboten, an denen insgesamt 190 Personen teilnahmen. Diese Veranstaltungen wurden in Kooperation zwischen Verfassungsschutz und dem Aktionsbündnis durchgeführt.

Seit dem Sommer 2009 bietet der Verfassungsschutz Brandenburg die „Regionalen Sicherheitsdialoge: Integration, Radikalisierung und Islamismus“ (IRIS) an. Das Anliegen von IRIS ist, die lokalen Behörden und Einrichtungen über islamistischen Extremismus zu informieren und zugleich zur Integration

ausländischer Mitbürgerinnen und sowie Mitbürger zu ermutigen. Nur gemeinsam mit ihnen kann dem islamistischem Extremismus und Ausländerextremismus der Boden entzogen werden.

Da bei diesem Thema auch die Frage von Minderheiten im Land Brandenburg berührt ist, wird IRIS in Kooperation mit der Landesintegrationsbeauftragten des Landes Brandenburg durchgeführt. IRIS leistet einen Beitrag zur Prävention und Vernetzung vor Ort. IRIS hat damit bundesweit Modellcharakter und orientiert sich am Vorgehen der Behörden in Großbritannien und den Niederlanden. Denn dort hat man frühzeitig erkannt, dass Radikalisierungstendenzen am ehesten den Personen auffallen, die mit sich radikalierenden Menschen zu tun haben. Im Rahmen von IRIS erfolgt ein Austausch über Erscheinungsformen und Entwicklungen des islamistischen Extremismus sowie Terrorismus. Über Prävention im Zusammenhang mit dem Auftreten von Radikalisierungstendenzen wird informiert. Beteiligt sind Vertreter regionaler Einrichtungen und Behörden sowie Fachleute des Verfassungsschutzes.

Zusammen mit der Integrationsbeauftragten wurden die Fachvorträge als Broschüre veröffentlicht. IRIS wurde in Brandenburg bereits 14 Mal in Landkreisen und kreisfreien Städten angeboten. Von diesem Angebot haben mittlerweile fast 650 Personen Gebrauch gemacht. Mit IRIS hatte der brandenburgische Verfassungsschutz am Integrationswettbewerb 2010 der Deutschen Islamkonferenz teilgenommen. Im November 2010 wurden durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière die Gewinner ausgezeichnet. Zwar gehört IRIS nicht zu den Preisträgern, aber die Jury hat das bundesweit einmalige Projekt in die engere Wahl genommen. Es wird als „innovativ und vorbildhaft“ bezeichnet.

Fachtagungen zu aktuellen Themen mit Extremismusbezug sind eine weitere Säule der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes.

Im Juni 2010 nahmen an der Fachtagung „Schwarze Blöcke rechts und links – Autonome Extremisten auf Gewaltkurs“ 180 Personen teil. Die Vorträge wurden im Anschluss als Broschüre veröffentlicht. Die vorangegangenen Veranstaltungen, deren Inhalte ebenso als Tagungsbände veröffentlicht wurden, lauteten: „Hass-Musik“ (2005), „Antisemitismus – Gleichklang zwischen den Extremen“ (2007), „Freiheit, Islam und Extremismus“ (2007), „Fußball, Gewalt und Rechtsextremismus“ (2008), „Extremismus 2.0 – die dunkle Seite des Internets“ (2009) sowie „Islamistischer Extremismus, Konvertiten und Terrorismus – Bedrohungen im Wandel“ (2009). Zusätzlich wurden 2010 zwei erfolgreiche Tagungen zum Wirtschaftsschutz in Potsdam und Cottbus angeboten: „1. Brandenburger Forum Wirtschaftsschutz, Wirtschaftsspionage – Risiko für Unternehmen“ und „2. Brandenburger Forum Wirtschaftsschutz – Innovationsschutz in Universitäten und Unternehmen“.

Die Ergebnisse beider Tagungen liegen ebenfalls als Dokumentationen vor.

Damit Informationen breiter gestreut werden können, setzt der Verfassungsschutz Brandenburg ein Info-Mobil ein. Unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ sind Mitarbeiter damit im Einsatz. Auf Messen, Festen oder sonstigen Veranstaltungen wird in direktem Kontakt mit den Bürgern „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ als Servicedienstleistung angeboten. Es ist 14 Mal mit solchen Aufträgen unterwegs gewesen, beispielsweise beim Demokratiefest in Zossen, beim Kreisjugendfeuerwehrlager in Dahme aber auch bei Schulfesten, beim „Laut & Bunt“-Festival in Rathenow (HVL) oder dem Ketziner Fischerfest. Darüber hinaus dient es als Einsatzfahrzeug für Vorträge im Land.

Informationsmaterialien des Verfassungsschutzes sind sehr nachgefragt. Zuallererst ist dies der jeweils aktuelle Verfassungsschutzbericht. Im letzten Jahr war die Auflage in Höhe von 6.000 Exemplaren nach neun Monaten bereits vergriffen. Die Faltblattreihe „Feinde der Demokratie“ zu den Themen „Antisemiten“, „Linksextremisten“, „Rechtsextremisten“ und „Hassmusiker“ wurde um den Themenblock „Islamistische Extremisten“ erweitert. Die Faltblätter stellten kurz und knapp die Ziele und Propaganda von Extremisten dar. 2009 erschien ebenfalls das Informations-Faltblatt: „Verfassungsschutz Brandenburg. Was wir schützen, wie wir schützen.“ 2010 wurde zudem ein Flyer zum Thema „Schutz vor Wirtschaftsspionage“ erarbeitet. Von diesen Materialien wurden in 2010 weit über 24.000 Exemplare verteilt oder verschickt.

Alle bisher im Land Brandenburg erschienenen Verfassungsschutzberichte, alle genannten Broschüren und Faltblätter sowie weitere Materialien sind über die Homepage [www.verfassungsschutz.brandenburg.de](http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de) abruf- und bestellbar. 2010 sind 799.859 Zugriffe auf der Homepage registriert worden. Zusätzlich wird dort regelmäßig über aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit Extremismus und über das Sicherheitsforum Baden-Württemberg zum Wirtschaftsschutz berichtet.

In Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt und der Polizei konnte im August 2009 ein gemeinsames Lagebild zum Rechtsextremismus der Öffentlichkeit vorgestellt werden. 2008 erschien bereits das erste gemeinsame Lagebild mit Sachsen.

Ein weiteres Lagebild ist zurzeit mit Mecklenburg-Vorpommern in Arbeit.

#### **IV.6 Ministerium der Justiz**

##### Rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften und Informationsveranstaltungen zur Strafbarkeit rechtsextremistischer Verhaltensweisen an Schulen

Nach Information des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts fanden in den vier Landgerichtsbezirken im Schuljahr 2010/11 insgesamt 31 rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften statt. Deren Inhalt orientierte sich an dem Rundschreiben 29/2001 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 2. Oktober 2001 (32.01), das allen Arbeitsgemeinschaftsleitern zur Kenntnis gebracht worden ist.

Für das kommende Schuljahr 2011/12 erfolgt in Kürze die Bedarfsabfrage bei den Landgerichten unter dem Vorbehalt, dass im Jahreshaushalt 2012 wieder entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

##### Weitere Mitwirkung bei der Verbesserung des Opferschutzes und der Opferhilfe

Im Jahr 2010 hat das Ministerium der Justiz an der Verbesserung des Opferschutzes und der Opferhilfe mitgewirkt. Darüber hinaus hat das MdJ im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie“ nachfolgend aufgeführte Projekte gefördert:

- Förderverein für die JAA KWH: Soziale Gruppenarbeit im Rahmen der Arrestverbüßung

- Opferhilfe e.V.: Unterstützung der Opferberatungsstellen im Land
- MBS – Bewirtschaftungsübertragung: Förderung „Täter-Opfer-Ausgleich“ bei freien Trägern der Jugendhilfe
- MBS – Bewirtschaftungsübertragung Tagung „Täter-Opfer-Ausgleich“, November 2010
- STIBB e.V.: Sozialpädagogische Hilfen für kindliche Opferzeugen.

#### Fortsetzung der Arbeit mit gewaltbereiten, rechtsextremistisch gefährdeten Jugendstrafgefangenen und Probanden der Bewährungshilfe

In diesem Bereich förderte das MdJ folgende Projekte:

- Förderverein für die JAA KWH: Soziale Gruppenarbeit im Rahmen der Arrestverbüßung
- Christliches Jugendzentrum Oranienburg: Resozialisierungsprojekt

Schließlich ist über den erfolgreichen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens durch die am 28. Dezember 2010 in Kraft getretene Neufassung des § 51 GVG zu berichten. In Absatz 1 dieser Vorschrift heißt es nunmehr, dass ein Schöffe seines Amtes zu entheben ist, wenn er seine Amtspflichten gröblich verletzt hat. Durch diese Formulierung werden auch die Fälle abgedeckt, in denen sich ein Schöffe verfassungsfeindlich betätigt. Damit ist eine langjährige Forderung vom Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ Gesetz geworden.

#### **IV.7 Ministerium der Finanzen**

Im Jahr 2010 förderte das Ministerium der Finanzen aus Lottomitteln vereinzelt Integrationsmaßnahmen und internationale Begegnungen, so das 7. Internationale Bücherstadtfestival in Wünsdorf und die 1. Internationale Kinder- und Jugend-Sommerakademie in Werder (Havel).

#### **IV.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) verzeichnete im Hochschulbereich für das Jahr 2010 folgende Aktivitäten:

##### Brandenburgische Technische Universität Cottbus

An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) gibt es eine Vielzahl von Projekten und Initiativen, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus thematisieren. So wird über das Akademische Auslandsamt das PROFIN-Projekt „Integrative Fachbetreuung für ausländische und deutsche Studierende“ angeboten. Das Projekt hat die Optimierung der fachlichen Betreuung der Studierenden und die verbesserte Integration der ausländischen Studierenden an der BTU Cottbus zum Ziel. Der integrative Ansatz (u. a. gemeinsames Propädeutikum, interkulturelle Weiterbildung des Perso-

nals, Zertifikat über interkulturelle Kompetenz) ist in das Betreuungskonzept für ausländische Studierende und die Internationalisierungsstrategie der BTU Cottbus eingebunden.

Mit diesem Konzept wurde die BTU als eine von sechs Hochschulen an der Pilotphase des HRK-Audits „Internationalisierung der Hochschulen“ zugelassen.

Ebenfalls unter Beteiligung des Akademischen Auslandsamtes wurde das Aktionsbündnis „Cottbuser Aufbruch“ initiiert, das der Schaffung von Strukturen zur schnellen Reaktion auf antidemokratische Aktionen dient.

Wissen über andere Kulturen sowie interkulturelle Begegnungen werden durch die Verflechtung von Aktivitäten der Stadt mit ausländischen Studierenden (Cottbuser Stadtfest; Projekttag an Schulen etc.) erreicht. Dabei werden kulturelle Veranstaltungen der Stadt, wie z.B. „Nacht der kreativen Köpfe“ oder „Cottbuser Adventskalender“ aber auch die „Sprachtandems“ des Studierendenrates gefördert. In zahlreichen Workshops werden interkulturelle Kompetenzen vermittelt sowie Integrationshemmnisse ermittelt und abgebaut.

Um das Willkommensein für Zugereiste sichtbar zu machen, wurde das Tandemprojekt „Junior-Senior Tandem International“ als Plattform des Kennenlernens zwischen ausländischen Studierenden und Cottbusern ins Leben gerufen. Das gleiche Ziel hat das „First Contact Tutoren“ – Netzwerk. BTU Studierende stehen Neankömmlingen als Kontaktpersonen zur Verfügung und bieten Starthilfe insbesondere auch Übersetzungshilfen bei Behördengängen (Stadtbüro und Ausländerbehörde). Zur Förderung der Chancengleichheit ist die BTU im Februar 2010 dem „Nationalen Kodex für das Ausländerstudium“ an deutschen Universitäten beigetreten (eine Initiative des DAAD).

Um Opfer und Opferhilfsorganisationen zu unterstützen, wurde an der BTU die Broschüre „Sicherheit auf dem Campus in Cottbus“ erstellt.

Mit den Zielen der Förderung der interkulturellen Kompetenz der BTU-Angehörigen und der Verstärkung der Integration internationaler sowie speziell sorbischer/wendischer BTU-Angehöriger wurde in einer Pilotphase das Projekt „Diversity Management – In Vielfalt zum Erfolg!“ als Teil des Gesamtprojekts „Vorteil Vielfalt – Zukunft für Brandenburg“ im Rahmen des Bundesprogramms XENOS „Integration und Vielfalt“ gestartet. Zudem ist die BTU eine der zehn deutschen Hochschulen, die sich am Modellprojekt „Diskriminierungsfreie Hochschule. Mit Vielfalt Wissen schaffen“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) beteiligen. Dieses im Juli 2010 gestartete Projekt unterstützt Hochschulen darin, Strategien eines diskriminierungsfreien Umgangs im Hochschulbereich zu etablieren.

Auch die Zentralstelle für Weiterbildung an der BTU bietet Veranstaltungen zur interkulturellen Kommunikation für Lehrende und Verwaltungspersonal an. Durch Ringveranstaltungen zum Thema „Diversity Management“ sollen nicht nur BTU-Angehörige, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit für die Thematik sensibilisiert werden.

Ganz pragmatisch dagegen war die Unterstützung der Veranstaltung „Laut gegen Nazis“ am 26.05.2010 durch die BTU und den Studierendenrat der BTU.

#### Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) und Fachhochschule Brandenburg

Das Projekt „Hinsehen – Filmspots für Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ war ein gemeinsames Projekt von Studierenden der Fachhochschule Brandenburg und der Hochschule für Film und Fernse-

hen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg. Es stand unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Brandenburgischen Landtages, Gunter Fritsch. Das Projekt startete im Sommer 2008 und hatte seinen Höhepunkt auf der Abschlussveranstaltung am 8. Dezember 2009 im Brandenburgischen Landtag, auf der die Filmspots vorgestellt wurden. Seitdem werden die Spots zu verschiedenen Anlässen gezeigt. Seit 2010 können die Ergebnisse als DVD auch für Unterrichtszwecke verwendet werden. Weitere Kooperationspartner sind die Gesellschaft von Freunden der HFF „Konrad Wolf“ e.V., die Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

#### Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV)

Seit ihrer Neugründung im Jahre 1991 folgt die Europa-Universität Viadrina konsequent ihrem Konzept, junge Menschen aus allen Teilen der Welt zusammenzuführen. Die Viadrina ist brandenburgische Spitzenreiterin in puncto Internationalität: Sie unterhält enge Kooperationen mit etwa 200 Universitäten und Hochschulen im Ausland, die jährlich etwa 400 Studierenden einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. Mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil ausländischer Studierender bietet sich den Mitgliedern der Universität die Möglichkeit, die vielfältige Geschichte und Kultur Europas im persönlichen Austausch und Erleben kennenzulernen. Die Viadrina ist ein Ort, der für interkulturelles Lernen prädestiniert ist. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben daher keinen Platz!

Die Abteilung für Internationale Angelegenheiten ist für Betreuung von Viadrina-Studierenden, Gaststudierenden, internationalen Studieninteressierten und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftlern zuständig und begleitet die Vorbereitung von Aufenthalten an der Viadrina und im Ausland.

Das Zentrum für Interkulturelles Lernen (ZIL) hat ein interkulturelles Kompetenzprogramm für die gesamte Hochschule entwickelt. Ziele waren die interkulturelle Sensibilisierung aller Hochschulangehörigen sowie eine bessere Integration der internationalen Studierenden.

Das Programmangebot zielt darauf ab, dass sich Studierende und die Mitarbeiterschaft aktiv mit der Interkulturalität vor Ort auseinandersetzen. Dabei sind die Veranstaltungen so konzipiert, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer interkulturelle und kommunikative Kompetenzen trainieren können. Jedoch werden auch spezifische Kompetenzen trainiert, wie z.B. Workshops zu Verhandlungs- und Mediations-techniken, Diversity-Trainings oder interkulturelle Beratung und Gesprächsführung.

Die EUV empfängt jährlich mehr als 1.000 Studierende und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftler aus aller Welt. Sie führt im Rahmen der Initiative „Fremde werden Freunde“ eine Vielzahl von Veranstaltungen, persönliche Initiativen und Patenschaftsaktivitäten durch. Gegenwärtig ist die EUV mit Einwohnern der Stadt Frankfurt (Oder) im Kontakt, um Gastfamilien für Patenschaften mit ausländischen Studierenden zu gewinnen.

#### Universität Potsdam (UNIP)

In Lehre und Forschung der UNIP nehmen Themen wie „Toleranz“, „Rechtsextremismus“, „Multikulturelle Gesellschaft“, „Jugendkriminalität/Konfliktvermittlung“ einen wesentlichen Platz ein. Promotionen, Pu-



blikationen, Kolloquien, Lehrveranstaltungen und unterschiedliche Projekte sind mit diesen Inhalten erfolgreich realisiert worden. Regelmäßig werden Lehrveranstaltungen und Fortbildungsangebote dazu angeboten.

Beispielsweise arbeitet am Institut für Germanistik seit 2009 das Zentrum „Sprache, Variation und Migration“.

Mit Partnerhochschulen in anderen Ländern werden gemeinsame Studienprogramme, Studiengänge, Sommerschulen, Seminare, Forschungsarbeiten durchgeführt und Publikationen bzw. Zeitschriften erstellt.

In den lehramtsbezogenen Studiengängen werden Unterrichtsmaterialien zu den o.g. Themen erstellt und in Kooperation mit Schulen angewandt. Bei diesen Gelegenheiten wird über das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ informiert und mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert.

In der Lehramtsausbildung wird dem LER-Unterricht ein hervorgehobener Stellenwert im Rahmen der Toleranzerziehung in Brandenburg beigemessen. Dem wird mit Forschungsthemen, Seminaren, Ringvorlesungen Rechnung getragen.

Das Welcome Center Potsdam an der UNIP begrüßt die internationalen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Stadt Potsdam. Das Center arbeitet als zentrale Beratungs- und Servicestelle für mobile internationale Forscherinnen und Forscher.

#### Hochschule Lausitz (FH)

Seit dem Wintersemester 2010/11 ist eine Projektgruppe zum Thema „Prävention von Rechtsradikalismus“ in Schulen tätig.

#### Fachhochschule Brandenburg (FHB)

Die Fachhochschule Brandenburg beteiligte sich an dem Wettbewerb des Stifterverbandes für Deutsche Wissenschaft „Ungleich besser! Verschiedenheit als Chance“ und wurde 2010 in einen Benchmarking Club aufgenommen. Neben sieben weiteren Hochschulen, die sich bereits intensiver mit dem Thema „Diversität“ und ihren verschiedenen Facetten befassen, tauschen sie in diesem Club ihre Erfahrungen aus und erarbeiten die Grundlagen und Kriterien für ein „Diversity-Auditierungsverfahren“, das sie im Zuge dieses Prozesses selbst durchlaufen.

Die FHB hat ein „Handlungskonzept für Toleranz und gegen Extremismus“ entwickelt. Auf dieser Grundlage arbeitet eine Koordinierungsgruppe unter der Leitung des Präsidenten der FHB, in der alle Parteien der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg vertreten sind. Die Gruppe trifft sich turnusmäßig zweimal im Jahr an der FHB und wird darüber hinaus bei konkreten Anlässen aktiv, z. B. zur Organisation einer Kundgebung, eines Fahrradcorso und eines Bürgerfestes für Demokratie und Toleranz.

Studierende der FHB nehmen seit 2007 kontinuierlich am internationalen Studierenden-Wettbewerb „Students in Free Enterprise (SIFE)“ teil. Unter dem Motto „Rote Karte dem Rassismus“ haben sich die Studierenden die Aufgabe gestellt, Lösungsansätze zu entwickeln, die zur Bekämpfung von Rassismus beitragen.

Im Sommersemester 2010 wurden an den Schulen der Stadt und in Unternehmen der Region Vorträge über Vorurteile, Diskriminierung, Gleichberechtigung und Diversity-Management-Konzepte gehalten. Außerdem wurden eine Graffiti Convention, ein multikulturelles Fußballturnier und ein Plakatwettbewerb für Schülerinnen sowie Schüler organisiert.

Seit 2008 sind diese Projekte in der Lehre des Bachelor-Studiengangs BWL verankert.

Im Juni 2010 ist die Hochschule dem „Nationalen Kodex für das Ausländerstudium“ (Initiative des DAAD) beigetreten, mit dem Mindeststandards für Information und Werbung, Zulassung, Betreuung und Nachbetreuung garantiert werden.

Eine intensive Betreuung und Integration der ausländischen Studierenden erfolgen über das 2010 gestartete DAAD-Projekt ISAB. ISAB begleitet ausländische Studierende während des gesamten Studienverlaufs und bietet Kurse und Betreuungsmaßnahmen für den Studieneinstieg, das Studium selbst und den Übergang ins Berufsleben an. Manche der Angebote stehen ebenso deutschen Studierenden offen, um die gemeinsame Interaktion und Integration zu fördern.

Durch das Zentrum für Internationales wird ein Sprachtandemprogramm organisiert, bei dem deutsche und ausländische Studierende gemeinsam die jeweils andere Muttersprache üben. Dabei lernen sie einander und ihre Herkunftskulturen besser kennen.

#### Technische Hochschule Wildau (FH)

Die Technische Hochschule Wildau (THWi) nimmt seit 2004 regelmäßig an einem „Buddy-Programm“ teil. Dieses Programm wird von der Vodafone Stiftung gefördert und hat das Ziel, Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung einer positiven Umgangs-, Lehr- und Lernkultur zu unterstützen. Deutsche Studierende engagieren sich für ausländische Studierende, indem sie ihnen bereits im Vorfeld des Studienaufenthalts bis hin zu den ersten Lehrveranstaltungen mit Informationen, Unterstützung bei Behörden-gängen, Maßnahmen zur Integration in die jeweilige Seminargruppe zur Seite stehen.

An der THWi informieren in Informationsveranstaltungen und Präsentationen ausländische Studierende die anderen Studierenden über ihre Heimathochschule und ihre Heimatregion.

Im Oktober 2010 wurde ein Kontaktbüro der Technischen Hochschule Wildau im polnischen Gubin eröffnet. Ziel ist es, Studieninteressierte aus Polen für die THWi und für grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Unternehmen, Wissenschaftlern, Hochschulen zu gewinnen.

#### Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)

Die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) hat im Frühjahr 2010 die Aktivitäten des Bündnisses „Brandenburg Nazifrei“ unterstützt, um eine am Tag der Offenen Tür der Hochschule und während des lokalen Stadtfestes geplante Demonstration einer rechten Kameradschaft mit Erfolg zu verhindern.

Der Verein „Horizonte e. V.“ wurde im Jahr 2000 von Studentinnen und Studenten sowie Dozentinnen und Dozenten der HNE Eberswalde (damals noch FH Eberswalde) gegründet mit der Intention, den Eberswalder Bürgern und Studenten als Plattform für interkulturellen Austausch zu dienen. Zu den Hauptanliegen des Vereins gehört es, die ausländischen Studierenden aktiv in das Studentenleben mit einzubeziehen.

„SIFE“ (Students In Free Enterprise) ist eine internationale, unpolitische Non-Profit-Organisation. Ziel ist es, wirtschaftliche Perspektiven für Dritte zu schaffen und es Studenten zu ermöglichen, ihr theoretisches, an der Hochschule erworbenes Wissen durch selbst entwickelte Praxisprojekte anzuwenden. Im letzten Jahr hat sich an der Hochschule in Eberswalde eine lokale Gruppe zusammengefunden, die sehr aktiv ist. So unterstützen Studierende mit verschiedenen Aktionen (z. B. Waffelverkauf, Fußballturnier, etc.) Entwicklungsprojekte auf den Philippinen.

### Fachhochschule Potsdam

Die Fachhochschule Potsdam und das Institut Neue Impulse e.V. / co FH-Potsdam entwickelten gemeinsam das Projekt „Dreisprung in die Zukunft“. Schwerpunktthema der FHP war „Interkulturelles Lernen im Kindergarten“. Dabei wurden Projektstage an brandenburgischen Grundschulen zum Thema „Vielfalt tut gut“ durchgeführt und interreligiöse Gespräche in den Orten Cottbus, Neuruppin, Kyritz und Rathenow initiiert.

In Kooperationen mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg wurde das Projekt „Aqua“ entwickelt. Aqua steht für ein Weiterbildungsprogramm, das Migrantinnen und Migranten für Tätigkeiten in sozialpädagogischen Arbeitsfeldern wie Kinder- und Jugendarbeit, Alten- und Behindertenhilfe, Erziehungs- und Familienbetreuung und Migrationsberatung qualifiziert. Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer stammen zum größten Teil aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Regelmäßige Studien- und Forschungsaufenthalte von Lehrenden und Studierenden der FHP in Usbekistan führten zur Idee, eine „Usbekisch-Deutsche Bauakademie“ zu errichten. An dem Projekt sind neben der FHP die Universität Weimar und die Universität Bamberg beteiligt. Gemeinsam arbeitet man sowohl an der inhaltlichen Konkretisierung des Projekts als auch an der Einwerbung von Drittmitteln.

Das Projekt „LOCALIZE – Das Heimatfestival“ hat im Sommer 2010 zum dritten Mal in Folge das kulturelle Angebot der Stadt Potsdam bereichert. Dabei wird der Begriff Heimat im internationalen Austausch und aus unterschiedlichen Perspektiven hinterfragt und immer wieder neu definiert.

### Kunst, Kultur, Geschichte

Kunst und Kultur spielen in der Auseinandersetzung mit Intoleranz, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus eine grundlegende Rolle. Sie formen die Identität des Gemeinwesens sowie seiner Mitglieder und tragen wesentlich zur Wertevermittlung, Internationalität und Entwicklung interkultureller Kompetenz bei.

Die Kultureinrichtungen im Land Brandenburg sind ihrem Selbstverständnis nach Orte gelebter Interkulturalität und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Kulturen. Gerade die Angebote der kulturellen Bildung stärken die Sensibilität für kulturelle Vielfalt und kulturelle Differenz zwischen Regionen, Milieus, Ethnien, Geschlechtern oder auch Generationen. Zahlreiche Aktivitäten belegen,

dass die Themen „Gewalt“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Intoleranz“ unmittelbar Gegenstand künstlerischer und kultureller Auseinandersetzung sind.

Mit Blick auf das Leitbild des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ werden in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Kultur viele Projekte initiiert, die sich ausdrücklich auf die verfolgten Ziele beziehen. Der eigentliche Schwerpunkt ist aber in den Aktivitäten zu sehen, die im weiteren Sinne der Umsetzung des Handlungskonzepts dienen und die in vielen Handlungsfeldern laufend erfolgen. Die Bedeutung von Kultur liegt in diesem Zusammenhang darin, dass ihre Aktivitäten ohnehin auf die dem Konzept zugrunde liegenden Werte wie etwa Aufgeklärtheit oder Weltoffenheit ausgerichtet sind.

Die Künstler und Kulturschaffenden Brandenburgs begreifen sich aber in Bezug auf die Auseinandersetzung mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz keineswegs als moralische Feuerwehr, die immer dann auszurücken hat, wenn es an den äußeren Rändern der Gesellschaft brennt. Das soll heißen: Kultur als integraler Bestandteil der Gesellschaft und schließlich auch als Machtfaktor gegen rechte Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit wirkt weniger in der Spontanität einer Aktion aus gegebenem Anlass, sondern vielmehr in ihrer Kontinuität der Wertevermittlung.

Geht es um die Aktivitäten in Bezug auf das Thema „Tolerantes Brandenburg“, dann stellt sich der Hauptbeitrag der Landesregierung in der Entwicklung, Sicherung und Verstetigung eines vitalen und reichen kulturellen Lebens im Lande dar. Das heißt: Entwicklung der Basis, Sicherung der Strukturen und Verstetigung der vorhandenen Angebote - auch unter schwierigen haushalts- und förderpolitischen Bedingungen.

Gleichwohl initiieren auf dieser von der Landesregierung beförderten Grundlage die Kulturschaffenden des Landes ihre eigenen Aktivitäten gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Das MWFK steht ihnen dabei als Vermittler, Kommunikator, Koordinator und vernetzende Einrichtung zur Seite.

Schwerpunkte der Förderung sind dabei insbesondere die kulturelle Bildung und Projekte, die direkt oder indirekt der Wertevermittlung an die jüngere Generation dienen. - sei es über die Musik, das Theater, die Literatur, die Bildende Kunst oder in der Auseinandersetzung mit der deutschen und brandenburgischen Geschichte in Bibliotheken und Archiven sowie Museen und Gedenkstätten des Landes.

Insofern werden die seit Jahren etablierten Maßnahmen weitergeführt und wenn möglich in den Regionen des Landes diversifiziert.

### Kulturland Brandenburg 2010

Tagung des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien in Potsdam (MMZ) am 30.09.2010: „Salondamen und Frauenzimmer. Selbstemanzipation deutsch-jüdischer Frauen in zwei Jahrhunderten“. Im Rahmen der Ausstellung „Preußens Eros – Preußens Musen“ widmet sich die Tagung dem Thema „Jüdische Frauen in Brandenburg-Preußen und ihre Selbstemanzipation in Religion, Kultur und Gesellschaft“. Im Focus stehen Repräsentantinnen der Kunst, der Literatur, der Musik, der Politik, des Gemeinde- und Sozialwesens – die einen weitgehend bekannt, andere zu Unrecht in Vergessenheit geraten. Allen gemein war der Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gleichstellung als Frau aber auch als Jüdin.

## Literatur und öffentliche Diskussion

### - Brandenburgisches Literaturbüro

22.01.2010: „Von Potsdam nach Wokutá“. Zeitzeugengespräch in der Villa Quandt mit Peter Seele und Klaus Hoffmann. Lesung und Gespräch zur Auseinandersetzung mit Diktaturen.

03.06.2010: Potsdamer Tafelrunde - Necla Kelek und Burkhard Müller im Gespräch „Wie hältst du´s mit der Religion? Über die Fähnisse des Glauben in Politik und Alltag“, Diskussion um Religionen (hier: Islam) und Toleranz in Deutschland.

09.09.2010: Potsdam: Thilo Sarrazin stellt sein Buch „Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ vor, Lesung und Debatte zum Islam und zur Toleranz in Deutschland.

22.09.10: Premnitz: Die Potsdamer Autorin Gritt Poppe präsentiert ihr Buch „weggesperrt“ über den DDR- Jugendwerkhof in Torgau, Lesung und Diskussion zu den Themen „Widerstand und Toleranz in einer Diktatur“.

### - Friedrich-Bödecker-Kreis im Land Brandenburg e.V.

Der Friedrich-Bödecker-Kreis ist insbesondere auf dem Gebiet der kulturellen Jugendbildung tätig. Die Förderung von Toleranz hat bei den Projekten einen zentralen Stellenwert.

#### Lesungsreihen:

„Viele Kulturen - eine Sprache. Autorenbegegnungen mit Chamisso-Preisträgerinnen und Preisträgern“. Autoren, die den Adalbert-von-Chamisso-Preis oder den gleichnamigen Förderpreis der Robert Bosch Stiftung erhalten haben, waren 2010 zu Gast in Brandenburg.

Schreibwerkstätten „Autoren und Autorinnen arbeiten mit Schülern“ richten sich besonders an Schülerinnen und Schüler mit Handicaps oder aus schwierigen sozialen Verhältnissen.

- „Geschichte(n) begegnen ...“ (in Büchern über die Zeit des Nationalsozialismus und die DDR),
- „Jugend damals“ (in der Zeit des Nationalsozialismus und nach dem II. Weltkrieg),
- „Europa (er)lesen ...“ (mit Autoreninnen und Autoren aus skandinavischen Ländern),
- „Begegnung der Kulturen und Religionen“ (zu Büchern über Zusammenleben und Konflikte zwischen Mehr- und Minderheiten),
- „Texte dagegen ... Autoren antworten auf Hass und Gewalt“ (Lesungen und Schreibwerkstätten),
- „Toleranz erfahren – Toleranz üben“ (Texte, die Zivilcourage aufzeigen und entwickeln helfen).

### Brandenburgischer Kulturbund e.V.

#### Königs Wusterhausen Kulturbund und junge Humanisten

- „Ein Leben mit Viktor Klemperer - eine nicht alltägliche Geschichtsstunde“: 80 Besucher mit sehr reger Diskussion; der Germanist Walter Nowojski, einst Schüler und Herausgeber der Tagebücher von Viktor Klemperer, erzählte von seinem Lehrer und seiner jahrzehntelangen Arbeit an

dem erschütternden Schicksalsbericht. Die Diskussion zu Erscheinungsformen des Faschismus wurde von den jungen Leuten als sehr gut empfunden, und sie brachten zum Ausdruck, dass sie sich solche Veranstaltungen öfter wünschten.

- 19.03.2010: „Mein Weg nach Jerusalem - mit dem Fahrrad nach Yad Vashem“: Der Autor des gleichnamigen Buches erzählte von einer 5523 km langen Fahrradreise, die in Oranienburg begann, um einen Stein aus dem KZ Sachsenhausen nach Jerusalem zu bringen. Er hatte sich vorgenommen, eine Brücke der Verständigung und Versöhnung zu „bauen“. In der anschließenden Diskussion wurde über die Vielfalt der muslimischen und jüdischen Kultur, über Küche, Kultur, und Begegnung gesprochen.
- 04.03.2011: „Die Farbe meiner Haut“: Eine Anti-Rassismus-Trainerin erzählte, Multi-Media Lesung mit Manuela Ritz. Eine Diskussionsveranstaltung über Ansätze und Konzepte antirassistischer Bildungsarbeit, eine Schilderung aus der Sicht eines schwarzen Mädchens in einer mehrheitsweißen Gesellschaft.
- Innerhalb einer Projektarbeit „Soziale Stadt“ Brandenburg - Bürgerhaus Hohenstücken entstand eine Broschüre unter dem Titel „Jüdisches Leben in Brandenburg an der Havel seit der Neuformierung des Judentums in Brandenburg an der Havel zwischen 1990 und 2008“ und ein kleiner Film über Zeitzeugengespräche.
- 10.11.2010: Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte: Der Jugendfilmklub des Kulturbundes Strausberg stellt zum Abschluss des Zeitensprünge Projekts einen Film vor, der sich mit einem Schauprozess befasste, der 1961 gegen fünf Jugendliche des sogenannten Ted Herold - Clubs stattfand. Die Jugendlichen zeigten den Besuchern in einer Präsentation mit Stolz ihre Forschungsergebnisse. Es war die zweite thematische Arbeit, der erste Film trug den Titel „Für mich gab's keine Wendezeit“ - die friedliche Revolution in Strausberg.

#### Kulturbund Perleberg

Weiterarbeit an der Präsentation „Mittelalterlicher Judenhof in Perleberg“. Es wurden erste Hinweistafeln angebracht, die von den Besuchern sehr gut angenommen werden. Im Jahr der Übergabe der Hofinstallation gaben mehr als die Hälfte aller Besucher, die in der Stadtinformation vorsprachen, den Judenhof als Grund ihres Besuchs an.

#### Bernau, Niederbarnimer Kulturbund

- 01.09.2010: Veranstaltung aus Anlass des Weltfriedenstages „Roter Mohn - Kriege und Konflikte“. Kerstin Kaiser / Jörg Kokott Gruppe Wacholder / Ron Randolph USA. Mit dem Theater Schselong (Mitglied des Kulturbunds) zahlreiche Auftritte an Schulen im Land Brandenburg und darüber hinaus (Mecklenburg Vorpommern, Sachsen Anhalt) mit dem Anne-Frank-Programm und dem Stück „Hallo Nazi - die Begegnung“. Die anschließenden Diskussionsrunden mit den Schülerinnen und Schülern waren sehr interessant und es wurde immer wieder das große Informationsdefizit deutlich.  
Nicht zuletzt ist die Premiere des Stückes „Der Bockerer“ der kleinen Bühne Michendorf zu nennen. Der große Erfolg dieser Inszenierung zeigt, dass das Publikum nicht nur „leichte Kost“

will, sondern auch ernste Themen angenommen werden, wenn die Qualität stimmt. Es gab 14 ausverkaufte Vorstellungen.

### Bildende Kunst

- Projekt „XVII. Rohkunstbau Atlantis II / Hidden Histories – Imagined Identities“  
09.07.2010 - 12.09.2010, Schloss Marquardt / Potsdam; Träger: Heinrich Böll Stiftung Brandenburg:

Thema der Rohkunstbau-Ausstellungen 2009 und 2010 waren die um den Mythos Atlantis entwickelten Staatsideen. So beschäftigte sich die Ausstellung 2009 mit den Ideen von Aristoteles und die im Jahr 2010 nahm die Staatsideen Platons in den Blick.

Unter Referenz auf das mythische Atlantis, das zuerst von dem Philosophen Platon in seinen Dialogen erwähnt wird, wurde 20 Jahre nach dem Fall der Mauer die Suche nach verborgenen Geschichten und neuen Identitäten unternommen. Hidden Histories - New Identities verwies so im Untertitel der Ausstellung auf die jüngste europäische Geschichte. Zehn internationale Künstlerinnen und Künstler aus sechs Nationen beschäftigten sich mit der Idee eines Idealstaates und setzten sich in ihren ortsspezifischen künstlerischen Neuproduktionen kritisch mit der Möglichkeit der Realisierung auseinander.

Rohkunstbau ist in seinem Bemühen um einen Diskurs auch Teil eines europaweiten Netzwerks mit Veranstaltungspartnern in Griechenland, Bulgarien, der Slowakei und Italien nebst einer Plattform zur Biennale in Venedig.

- Projekt „Träume finden in der Vergangenheit statt / Sny o przeszlosci“ - Aktuelle Polnische Video-kunstVideoArt zum 20. FilmFestival Cottbus - Festival des osteuropäischen Films

02.11.2010 - 21.11.2010; Träger: Kunstmuseum Dieselkraftwerk Cottbus, Brandenburgische Kulturstiftung:

„VideoArt“ wurde als Gemeinschaftsproduktion des Film-Festivals Cottbus, des Polnischen Institut Berlin und des Kunstmuseums Dieselkraftwerk ins Leben gerufen und soll alljährlich im Rahmen des Filmfestivals des osteuropäischen Films in Cottbus stattfinden. Längst ist die Video-Art zu einem integralen Bestandteil der zeitgenössischen Kunst geworden. Als Brückenschlag zwischen Filmkunst und Bildender Kunst eröffnet sich hier ein experimentelles Spannungsfeld. Die erste Präsentation mit sieben Videoarbeiten aus dem Nachbarland werden gemeinsam mit der Galerie Zak | Branicka, Berlin, vorbereitet.

- Projekt des Museums Junge Kunst Frankfurt (Oder) in Zusammenarbeit mit der Galerie BWA Zielona Góra „GRÜSSE AUS ZIELONA GÓRA“

15. 04.2010 - 27.06.2010: Träger: Museum Junge Kunst, Frankfurt (Oder).

Grundthema des Ausstellungskonzeptes war das heutige Leben in einer Stadt, die von den katastrophalen Ereignissen des II. Weltkriegs, der Diktatur des Kommunismus und von den widersprüchlichen gesellschaftlichen Wandlungen nach 1990 geprägt wurde und wird.

Von dort aus erhält die Stadt Frankfurt (Oder) „Grüße“ in Form von Kunstwerken unter der Prämisse, dass eine Verständigung wohl schon von vornherein nicht möglich ist, denn die bittere Schwere der Geschichte, das Nichtverstehen der Sprache und das Fremdsein, ob der unterschiedlichen Mentalitäten, schließen dieses aus. Oder doch nicht? Kunst kann über das Sehen und Empfinden in das Unbewusste, in das Kollektive und in das Individuelle, vordringen und die Verkrustungen des „Nichtverstehens“ unterwandern oder ein wenig enthärten. In diesem Sinne zeigt das Museum Junge Kunst seit Jahrzehnten Gegenwartskunst aus dem östlichen Nachbarland.

- Ausstellungsprojekt „Gel(i)ebtes Leben - 19 künstlerische Positionen“

20.06.2010 – 11.07.2010, Villa Thyssen, Berliner Str. 19, 15378 Rüdersdorf bei Berlin / Ortsteil Hennickendorf; Träger: ENDMORÄNE – Künstlerinnen aus Berlin und Brandenburg e.V.:

Die Region Rüdersdorf ist künstlerisch eine Herausforderung – steht sie doch für immense Umwälzungen und für Kontraste. Stadt – Rand – Land stoßen hier direkt aufeinander. Mit dem Abriss riesiger Industrieanlagen und dem Wegfall unzähliger Arbeitsplätze nach 1989 erfährt das Gebiet mehr als nur eine Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Ökologie – nichts bleibt dort, wie es war. Diesen Veränderungen widmeten die ENDMORÄNE Künstlerinnen ihr Vorhaben. Das Augenmerk galt dabei dem Alltag und den Bedingungen der Frauen dieser Gegend einst wie heute. Malerei, Installationen, Performances, Grafik und Videos warfen ein ganz neues Licht auf Rüdersdorf, seine Geschichte und die Villa Thyssen.

Interventionskunst will den Betrachter einbeziehen und bewegen, will seine Wahrnehmung von Orten, Raum und Wirklichkeit verändern. Kunstraum wird hier zum Raum für Fantasie, neue Geschichte(n), Impulse und Diskurse.

#### Soziokultur/Kulturpädagogische Einrichtungen

- Waschhaus Potsdam gGmbH

April 2010 - Juni 2010: Ausstellung „Kunduz, 4. September 2009“:

Der damals einzige in Afghanistan lebende deutsche Journalist Christoph Reuter und der freie Fotograf Marcel Mettelsiefen rekonstruierten durch monatelange Recherche das Bombardement auf vermeintliche Aufständische in der Nacht zum 4. September 2009 in Kunduz. Mit der Ausstellung und ihrem gleichnamigen Buch (Verlag Rogner & Bernhard, Berlin) präsentierten die zwei Autoren mit beeindruckenden Fotodokumenten ihre Recherche-Ergebnisse. Im Rahmen der Ausstellung fand am 17.05.2010 eine vielbesuchte Veranstaltung statt unter dem Titel „Sterben für Afghanistan“. Nach der Aufführung des gleichnamigen von Stefan Aust für das ZDF produzierten



Films diskutierte Jakob Augstein (Verleger „der Freitag“) mit den Autoren und dem Publikum. Im Mittelpunkt standen solche Fragen wie: Warum beteiligen sich deutsche Soldaten an diesem Krieg? Wofür sterben sie? Wofür töten sie? Was sagen Bundesregierung, Ex-Minister, Ex-Generalinspektoren dazu? Welche Mittel für welche Entscheidungen werden gebraucht?

Juni 2010 – September 2010: Fotoausstellung „CASA MARE+“ mit Diskussionen im Kunstraum des Waschhauses:

Der Fotograf Frank Gaudlitz bat für seine Serie Menschen im südlichen und mittleren Osteuropa vor die Kamera, um sie in ihren Wohnzimmern und in Festtagskleidung zu fotografieren. Ziele von Gaudlitz' fotografischer Spurensuche waren die Schwäbische Türkei in Südwestungarn, die Vojvodina in Serbien, Siebenbürgen und die Dobrukscha - beide in Rumänien – sowie Bessarabien in der Republik Moldau. Die Porträts verraten nicht nur etwas von einzelnen Personen, sondern von unterschiedlichen Schönheitsidealen, aber auch von ihrem sozialen Status und sozialen Milieus überhaupt. Mit seiner Serie macht Gaudlitz verschiedene kulturelle Traditionen sichtbar, die mit der EU-Osterweiterung zu verschwinden drohen. All dies sind auch Themen im Publikumsgespräch gewesen.

- Kinder- und Jugendkunstgalerie Sonnensegel e.V., Brandenburg:

„Europazeitung“. Kooperationsprojekt mit der Europaschule von Saldern (Gymnasium). Herstellung einer Schülerzeitung zum Thema „Europa“ im Handsatz und -druck (Auflage 250 Stück) mit verschiedenen Artikeln zur Europapolitik, u.a. auch einer Glosse zum Thema „Wir müssen draußen bleiben.“ (Welche Staaten gehören in die EU).

Zum Europatag (Mai 2010) wurde das erste Exemplar an den portugiesischen Botschafter überreicht.

„Ein Wandbild für Lothar Kreyssig“. Kooperationsprojekt mit dem von Saldern-Gymnasium. Ehrung für den einzigen Richter, der zu NS-Zeiten gegen die Euthanasie-Verbrechen protestiert hat. Das großformatige Bild hängt im Amtsgericht Brandenburg, wurde im Beisein von Konrad Weiß und eines Kreyssig-Sohnes enthüllt.

„Starke Frauen - kluge Mädchen“. Ausstellung von Holzskulpturen von Anna Franziska Schwarzbach, die Mitglieder der Familie Ovitz darstellen (Kleinwüchsige, die in das KZ Auschwitz verbracht wurden). Das war ein thematischer Schwerpunkt bei den Führungen durch die Ausstellung mit dem Ziel der Werbung für die Akzeptanz des „Andersseins“ von Menschen, Verurteilung der Euthanasie-Verbrechen mit Lokalbezug auf Brandenburg an der Havel.

- Creatives Zentrum „Haus am Anger“, Falkensee:

Deutsch-Israelische Jugendbegegnung. Reise nach Israel 2010. Ein durch Vandalismus zerstörter Kreuzweg de Krichweg „Stella maris“ in Hafa auf dem Karmel wird durch die jüdischen und deutschen Teilnehmer virtuell rekonstruiert.

Künstlerisches Projekt in der Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen.

November 2010. Thema „Christen und KZ“, Gestaltungen von Figuren. Beispiel: Bildhauer Wilhelm Groß. Pilotprojekt für Konfirmandengruppen.

3-tägiges Kunstprojekt innerhalb des Sommercamps in Sachsenhausen 2010. Teilnehmer: 12 Studierende aus 14 Ländern.

Arbeiten in den Schulen der Stadt im Ganztagsbereich zu den Themen „Gewalt“ und „Sucht“. Regelmäßig.

Lesungen und Diskussion „Christ, Jude, Moslem, Buddhist. Religionen - ein Fundus für die Demokratie ...?“

- Offener Kunstverein, Potsdam:

Der Offene Kunstverein ist Teilnehmer und Initiator zahlreicher internationaler Kooperationen sowohl im Theaterbereich als auch in der Bildenden Kunst. Er ist Empfänger- und Entsenderorganisation des EU-Programms „Jugend für Europa“. In diesem Rahmen arbeiten junge Leute aus anderen Ländern in dem Verein, Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Programme arbeiten und leben für eine Zeit im Ausland.

Übersicht der Länder, mit deren Künstlern und Kunstvereinen der Offene Kunstverein schon zusammengearbeitet hat: Frankreich, Spanien, Polen, Italien, China, Portugal, Chile, Türkei, Griechenland, USA, Irland, Nepal, Tschechien, Slowakei, Niederlande.

Beispiele:

- Jugendaustausch mit Russland und Estland mit einem Theaterprojekt. Aufführungen im Zoo Petersburg. Gemeinsames 10-tägiges Sommerprojekt zum Thema „Surrealismus“ im Sommer 2010, Aufführung Kloster Lehnin.
- Integration von mehreren freiwilligen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern (Pakistan, Italien, Bulgarien u.a.) in die Leitungs-, Kurs- und Projektarbeit 2010.

- Projekt „Kunst-Raum-Erinnerung“:

Abschluss eines dreijährigen Modellprojekts des Bildungsverbundes für die IJBS Sachsenhausen e.V. in Kooperation mit LKJ Brandenburg, unterstützt durch LAG Jugendkunstschulen. Drei Jahre haben Künstlerinnen sowie Künstler, Kulturpädagogen und Jugendkunstschulen aus Brandenburg und Berlin in den Internationalen Jugendbegegnungsstätten Oswiecim und Sachsenhausen mit Kindern und Jugendlichen aus Deutschland und Polen zum Holocaust gearbeitet. Schreibwerkstätten, Fotografie- und Videoworkshops, Bildhauerworkshops, Landartprojekte, Comicworkshops fanden an beiden Standorten statt. Die Projekte sind evaluiert und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft worden. Das Modellprojekt ist 2010 abgeschlossen worden. Es wurde nominiert für den Bundespreis für Kulturelle Bildung, ausgelobt vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (Platz 4-10).

## Museen

In der aktuellen Debatte zu Migration und Integration gewinnt die Frage nach der kulturellen und kulturpolitischen Repräsentation von Migration zunehmend an Bedeutung. Die Museen stehen vor der Aufgabe, Migration und kulturelle Vielfalt angemessen zu präsentieren, aber auch die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten, u. a. von Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten. Damit öffnen sich auch für die Museen Chancen, um neue Besuchergruppen zu gewinnen.

Der Museumsverband des Landes Brandenburg hat dies erkannt und regt regelmäßig Projekte zum Thema „Integration/Partizipation“ im Museum an. So fand zum Beispiel am 07.06.2010 eine Fortbildungsveranstaltung des Museumsverbandes zum Thema „Bürgerbeteiligung im Museum“ statt. Zahlreiche brandenburgische Museen haben bereits Ausstellungsprojekte zum Thema „Integration“ präsentiert.

## Bibliotheken

### - EU-Projekt „Living Library“:

Das EU-Projekt „Living Library“ begann im Jahr 2010. Teilnehmende Länder sind Griechenland, Tschechien, Polen, Deutschland und Spanien. Im Rahmen des EU-Projekts „Lebenslanges Lernen“ wurden „Living Libraries“ in verschiedenen EU-Ländern aufgebaut. Living Library ist ein Teil des Programms „Youth Promoting human rights and social cohesion“ (Jugend setzt sich für Menschenrechte und sozialen Zusammenhalt ein) des Europäischen Rates.

Die Bibliothek der „Lebenden Bücher“ besteht aus Menschen, die etwas erzählen können, Menschen aus verschiedenen Kulturen und Minderheiten. Sie werden in die Bibliothek eingeladen und stehen den Nutzern als Gesprächspartner zur Verfügung. Ziel des Projekts ist es, Menschen zusammenzubringen, Vorurteile abzubauen, fremde Kulturen kennenzulernen, Kommunikationsebenen zu schaffen bzw. Kommunikationsbarrieren abzubauen, Menschenrechte zu fördern und Rassismus und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Stationen des Studienaufenthalts waren Polen (Jelenia Gora – 2009), Tschechien (Liberec – 9.-13. Juni 2010), Deutschland (Berlin Marzahn-Hellersdorf, Fürstenwalde – November 2010), Griechenland –Herbst 2010 und Spanien – voraussichtlich März 2011.

### - Stadt- und Regionalbibliothek Cottbus:

Im Rahmen des diesjährigen Bücherfrühlings am 5. April 2011 - Buchpräsentation: Andrej Hermlin „Ein Leben zwischen den Welten“ - durch die Autobiografie des Sohnes von Stephan Hermlin (international auftretender Swing-Musikers, Jude mit DDR-Erfahrung, verheiratet mit einer Kenianerin, mit ihr und zwei dunkelhäutigen Kindern in Deutschland lebend) zieht sich die Frage nach Toleranz. Die regionale Autorin Maxi Hill thematisiert in dem Roman „2 seltsame Todesfälle“ u.a. das Thema „Euthanasie“ und den Umgang mit diesem Teil deutscher Geschichte.

In der Reihe „Lausitzer Duett“ sprechen am 10.05.2011 unter dem Motto „Kriminalschriftstellerin trifft Gefängnisseelsorger“ die Cottbuser Krimischriftstellerin Franziska Steinhauer und der Gefängnis-

seelsorger der JVA Cottbus-Dissenchen Norbert Zwingmann über das, was nach der Verurteilung kommt: das Leben hinter Gittern. Was geht in Menschen vor, die auf sich selbst zurückgeworfen werden? Wie bewerten sie ihre Schuld? Die Duettpartner blicken ebenfalls in die Geschichte des Verbrechens und auf die Einstellung der Kirche zu diesem Problemkreis.

### Erinnerungskultur

#### - Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten:

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und ihre Einrichtungen widmen sich dem Thema „Toleranz“ in ihrer gesamten Spannweite und auf vielfältige Weise. 2010 haben mehr als eine halbe Million Menschen aus aller Welt die Gedenkstätten besucht, die vor allem historisches Wissen über die Folgen von Rassismus, Intoleranz und Antisemitismus vermitteln.

Rund 87.000 Besucherinnen und Besucher konnten in Führung oder Projekten intensiv betreut werden. In den internationalen Jugendbegegnungstätten fanden Mehrtagesprojekte statt, die häufig einen internationalen Charakter hatten. In den Sommermonaten nahmen mehr als 100 jungen Menschen an den internationalen Workcamps teil, die historische Studien mit Erhaltungs- und Pflegearbeiten verknüpfen. Darüber hinaus erreichten die Gedenkstätten mit ihren zahlreichen Veranstaltungen, Tagungen, Workshops, Zeitzeugengesprächen und Sonderausstellungen ein großes Publikum.

Zentrales Ereignis im Jahr 2010 war der 65. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück. An den mehrtägigen Veranstaltungen Mitte April nahmen rund 250 Überlebende aus aller Welt sowie mehr als 2.500 Besucherinnen und Besucher teil. Bei zahlreichen Begegnungen mit Überlebenden wurden vor allem junge Menschen angesprochen. Eine eindrucksvolle Aufführung der im KZ Ravensbrück entstandenen Operette „Le Verfügbar aux Enfers“ von Germaine Tillion auf dem ehemaligen Appellplatz in der Gedenkstätte durch das Pariser Théâtre du Châtelet war ein besonderer Höhepunkt. Ein zweiter Höhepunkt war die Wiedereröffnung der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald nach umfangreicher Neugestaltung.

Eine neue Open-Air-Ausstellung informiert über den Todesmarsch des KZ Sachsenhausen und das Waldlager in Below. Der Umbau des ehemaligen kleinen Museum zu einer pädagogischen Projektwerkstatt verdeutlicht, dass der Schwerpunkt der Gedenkstätte künftig auf der historisch-politischen Bildungsarbeit liegen wird".

#### - Internationale Jugendbegegnungstätten in Ravensbrück und Sachsenhausen:

Die internationalen Jugendbegegnungstätten Ravensbrück und Sachsenhausen bieten in enger Kooperation mit den Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen an authentischen Orten Erinnerungs-, Forschungs- und historisch-politische Bildungsarbeit an. Mit ihrem international gut nachgefragten pädagogischen Angebot wendet sich die Mahn- und Gedenkstätte besonders an Schulen und andere Bildungseinrichtungen, aber auch an sonstige Interessierte. Das Angebot

erstreckt sich von Führungen/Filmen, über Projektstage/Projektwochen, Zeitzeugengespräche, Jugendbegegnungen, Workcamps bis zu Seminar-, und Lehrerfortbildungen.

– Europäische Sommeruniversität Ravensbrück:

Die seit dem Jahr 2005 angebotene Sommer-Universität Ravensbrück hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens in überzeugender Weise etablieren und zu einem international anerkannten Projekt entwickeln können. Sie wendet sich an ein breites Publikum: interessierte Laien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten, Museen und ähnlichen Einrichtungen sowie Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor allem der Kulturwissenschaften, Kunstgeschichte und Geschichte tauschen sich auch im Sinne einer interdisziplinären Zusammenarbeit über neue Forschungsergebnisse aus. Das programmatische Spektrum reicht von der „Nationalsozialistischen Herrschaft in Europa“ über die „Frauen- und Geschlechtergeschichte“ bis zur „kritischen Auseinandersetzung mit der gewaltsamen europäischen Geschichte“. In diesem Jahr wird die europäische Sommer-Universität unter dem Thema stehen „Geschlecht und Rasse in der NS-Medizin“.

## Theater

Die Beschäftigung mit Theater bedeutet immer inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen, Ursachen und Wirkung der Macht, Gewalt und Demokratie und die Reflexion gesellschaftlicher Zusammenhänge und Erscheinungen.

Freie und kommunale Theater leisten ständig auch jugend- und sozialpolitische Arbeit, sie stehen für Weltoffenheit und Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit, indem sie gezielt Gegenwartsstoffe aufgreifen bzw. bewusst eine aktuelle Werte-Auseinandersetzung mit klassischen Stücken suchen. Die Kinder- und Jugendtheater bieten Themen- und stückorientierte Kinder-, Jugend- und Erzieherworkshops an, verfolgen Ideen zum gemeinsamen Wirken mehrerer Generationen z.B. in Amateurensembles (Uckermärkische Bühnen Schwedt und Neue Bühne Senftenberg) und organisieren Projekte mit Schulen (alle freien und kommunalen Theater).

Insbesondere die freien Theater sorgen dafür, dass auch in strukturschwächeren Regionen, in denen das Konfliktpotential von hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung besonders geprägt ist, theaterpädagogische Kurse angeboten werden (Kooperationsabkommen zwischen dem Theater des Lachens FFO und dem Amt Seelow, zwischen der Neuen Bühne Senftenberg und umliegenden Gemeinden, zwischen dem piccolo Theater Cottbus und Schulen in umliegenden Gemeinden, zwischen dem Theater 89 und Gymnasien in Luckenwalde und Treuenbrietzen).

Die jährlich stattfindenden internationalen Festivals „Potsdamer Tanztage“ oder „KinderKulturTage“ einschließlich Familienfest „Eine Welt“ befördern bilaterale Arbeitskontakte sowie internationale Zusammenarbeit und helfen, den Toleranzgedanken zu vertiefen.

## Musik

Musik ist eine unmittelbare und barrierefreie Form der Begegnung und des Dialogs, weil sie die emotionale Seite des Menschen, seine Erlebnisfähigkeit anspricht und bildet. Musik vermag beim Zusammentreffen, gemeinsamen Leben und Musizieren Lernprozesse bei allen Beteiligten auszulösen, indem sie zur Selbstreflektion beiträgt.

Musik ist damit ein wichtiger Bestandteil der interkulturellen Verständigung. Sich dem anderen zu öffnen und Wertschätzung des anderen zu lernen, kann jedoch nur gelingen, wenn man sich des Eigenen bewusst ist. Musik macht diesen Zusammenhang im Alltag erfahrbar – von der breit vernetzten Laienmusikszene über die Musikschulen bis zu internationalen Gastspielen von Laien- und Berufsensembles.

Musik setzt einen deutlichen Schwerpunkt auf bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit und Ehrenamt tragen in hohem Maße die Breitenkultur im Land Brandenburg. Insbesondere in der Fläche des Landes, die durch ländliche Regionen sowie Klein- und Mittelstädte geprägt ist, leisten Organisationen, Projekte und Initiativen der Breitenkultur in erheblichem Umfang einen unverzichtbaren Beitrag zum kulturellen Leben und gestalten das Gesicht eines „Toleranten Brandenburgs“.

Schließlich bildet Musik im Kontext zur Entwicklung des Tourismus ein wichtiges kulturelles Potenzial und zeigt damit mittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes. Weltoffenheit und Gastfreundschaft, aber auch Lebensqualität wirken hier als wichtige Indikatoren.

### - Musikschulen:

Die musikalische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen an den Musikschulen zielt sowohl auf den Erwerb musikalischer Kenntnisse sowie Fähigkeiten und die Förderung von Talenten als auch auf den Erwerb sozialer Kompetenzen ab. In diesem Zusammenhang hat vor allem mit der Einführung der Ganztagschule die Zusammenarbeit von Musikschulen und Schulen im außerunterrichtlichen Bereich wesentlich an Bedeutung gewonnen. Inhalt und Qualität der Angebote des Freizeitbereichs stellen ein großes Präventionspotenzial analog der Jugend- und Jugendsozialarbeit dar.

Das Förderprogramm „Musische Bildung für alle“ setzt gezielt in sozialen Brennpunktgebieten an und vermittelt den Kindern der kooperierenden Schulen und Kitas unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Kontakt zur Musik. Seit dem Beginn des Schuljahres 2010/2011 werden 64 Klassen mit 1.486 Kindern an den Grundschulen nahezu aller Regionen Brandenburgs unterrichtet. Darüber hinaus sollen auch Menschen mit Behinderung verstärkt in die Musikschularbeit einbezogen werden. Entsprechende Weiterbildungslehrgänge für die Pädagoginnen und Pädagogen beginnen in diesem Jahr. Im Rahmen des Förderprogramms soll der integrative Bereich, wie das gemeinsame Ensemblespiel ausgebaut werden.

Eine ganze Anzahl von Musikschulen unterhält internationale Partnerschafts- und Austauschbeziehungen, bspw. nach Polen, Belgien, Weißrussland und Afrika.

- Musikakademie Rheinsberg:

Als musikalische Arbeits- und Fortbildungsstätte für musikinteressierte Jugendliche und angehende Künstler entwickelt und realisiert die Musikakademie Rheinsberg Projekte mit dem Ziel, jungen Menschen mit unterschiedlichem musikalischem Erfahrungshorizont zu ermöglichen, Musiktheater zu erleben, mit Blick hinter die Kulissen genauer kennen zu lernen und in Beziehung zu ihrer Lebenssituation und ihren Problemen zu setzen. Dafür werden Proben und Aufführungsbesuche ermöglicht und theaterpädagogische Angebote an Schulen und Jugendgruppen unterbreitet. Auch junge Musiker und Musikerinnen mit Migrationshintergrund gehören zum Alltag der Musikakademie Rheinsberg.

### **V Schlussbemerkungen**

Die Landesregierung wird in ihrem Engagement im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ nicht nachlassen. Sie setzt im Jahr 2011 verstärkt auf Vernetzungen und die intensivere Nutzung moderner Medien.

Am 01. April 2011 hat die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ein Vernetzungstreffen ihrer Kooperationspartner mit Mitgliedern des landesweiten Beratungsnetzwerks und Vertretern der einzelnen Ministerien durchgeführt. Das Ziel der Veranstaltung war es, die jeweiligen Strukturen noch enger miteinander zu verzahnen.

Ähnliche Treffen sind mit den Koordinierungsstellen der neuen Lokalen Aktionspläne und Trägern der Modellprojekte innerhalb der neuen Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ geplant.

Im Laufe des Jahres wird die Koordinierungsstelle ihre Internetpräsenz ausbauen und eine eigene Facebook-Seite einrichten. Des Weiteren plant der Landesjugendring in Kooperation mit der Koordinierungsstelle den Aufbau einer jugendgerechten Internetseite, die einen Dialog zwischen Jugend und Politik herstellt.

Die Koordinierungsstelle wird außerdem wie bisher ihre „Demokratie-Mobil“-Tour fortsetzen, Träger beraten, den praxisbezogenen und wissenschaftlichen Austausch fördern und ihre Kooperationspartnerschaften ausbauen.